

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 6. Juli 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 77

## 11te Generalversammlung des Verbandes

### Tagesordnung:

- I. Bericht des Vorstandes und Genehmigung der Jahresberichte.
- II. Stellungnahme zu den Anträgen auf Abänderung des Statuts, der Vorstandsbeschlüsse und Wahlordnung sowie zu dem Einheitsstatut des Graphischen Bundes.
- III. Stellungnahme zur Lage auf dem Tarifgebiete, zur Revolutions- oder Kündigungsfrage.
- IV. Die Lehrlingsabteilung unfrei Verbandes, der „Sungbuchdrucker“ und die Lehrlingsordnung.
- V. Der gegenwärtige Stand der Technik in unfrem Berufe.
- VI. Stellungnahme zu den Anträgen betreffend die Spar- und die Freie Faktorenvereinigung.
- VII. Stellungnahme zu den Anträgen betreffend den „Korrespondent“.
- VIII. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker.
- IX. Der Internationale Buchdruckerkongress 1921 und unsere internationalen Beziehungen.
- X. Der Graphische Bund und dessen Tätigkeit.
- XI. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Leipziger Gewerkschaftskongress.
- XII. Beschlußfassung über Beschwerden und weitere Anträge.
- XIII. Bestellung der Mitgliederbeiträge.
- XIV. Bestellung der Gehälter und der Anstellungsbedingungen für die Angestellten, der Entschädigungen für die Vorstandsmitglieder sowie der Tagegelder für die Delegierten.
- XV. Wahl der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder.
- XVI. Bestimmung des Ortes für die nächste Generalversammlung.

### Erster Verhandlungstag (3. Juli) Vormittags-Sitzung

Selbst eröffnet um 9 Uhr die Verhandlungen der XI. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, heißt alle Erschienenen herzlich willkommen und spricht den Wunsch aus, daß die Verhandlungen einen den Interessen der Organisation und der gesamten Gewerkschaft würdigen Verlauf nehmen mögen. In erster Linie sind wir zusammengekommen; um darüber zu beraten, in welcher Weise wir am besten aus der gegenwärtigen Not herauskommen. Drohende Gewitterwolken ziehen über unfrem Volk einher. Selige Nordstürme sind am Werk, um die Herrschaft der alten volksfeindlichen Gewalten wieder aufzurichten. Man tastet an die Errungenschaften der Arbeiterchaft. Da gilt es eilig zu sein. Mit ernstlichen Worten richtet der Redner an die gesamte Arbeiterchaft das Ersuchen, die Einigkeit herzustellen und für die Zukunft zu bewahren. Die Einigkeit ist aber auch für uns selbst mehr als je zuvor notwendig. In den letzten Jahren ist es mehrfach vorgekommen, daß unfre selbstgeschaffenen Institutionen und die dadurch bedingte Ordnung nicht beachtet worden sind. Verschiedene Kollegienkreise sind ihre eignen Wege gegangen. Es ist daher notwendig, daß wir in dem Augenblicke, wo wir zusammengekommen sind, die Wege für die nächste Zukunft festzulegen, die Ruhe bewahren. Es ist tief bedauerlich, daß gerade in diesen Tagen ein Teil der Kollegenschaft die von uns selbst geschaffene Ordnung nicht bewahrt hat. Dieser Teil der Kollegenschaft hat nicht im Interesse der Gesamtheit gehandelt. Wir wollen nun an die Arbeit gehen in ruhiger und sachlicher Aussprache, damit, wenn wir nach Hause zurückkehren, die Einigkeit des Buchdruckerverbandes wiederhergestellt ist, um allen Nachschafften von außen in geschlossener Weise entgegenzutreten zu können. Er begrüßt hierauf den Vertreter des sächsischen Arbeitsministeriums, den Kreishauptmann Lange, und betont, daß es das erste Mal ist, daß ein Vertreter der Regierung an unsrer Generalversammlung teilnimmt. Es wäre zu begrüßen gewesen, wenn das schon früher hätte bezeichnet werden können; sicher wäre dadurch viel Elend vom deutschen Volke ferngehalten worden.

Kreisauptmann Lange begrüßt im Auftrage der sächsischen Regierung und der Kreisauptmannschaft die Generalversammlung aus herzlichste. Er spricht den Wunsch aus, daß die Tagung nicht nur von Nutzen und Segen für die Berufskollegen des Buchdruckerberufes, sondern auch für die Allgemeinheit sein möge. Sohe Anerkennung sollte er den mühsertätigen Organisationsleistungen der Buchdrucker, deren Ursache in dem durch ihren Beruf bedingten Zusammenhange zwischen Denken und Handeln, wie das in keinem andern Berufe vorhanden ist, zu suchen sein. Nicht nur die gesamte Arbeiterchaft, sondern auch die Regierung in Reich und Staat schaue mit besonderer Aufmerksamkeit auf die jetzige Tagung der Deutschen Buchdrucker. Anknüpfend an die Worte Samerlings, „Dem Reinen der Mut und dem Mutigen die Reinheit“, sprach er die Hoffnung aus, daß gerade die Organisationsleistungen der Arbeiterchaft sich klare Röhre zur mutigen Tat und dem Mutigen auch Sicherheit und der Arbeiterchaft die Reinheit geben, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben unbedingt erforderlich ist. In den schweren Zeiten, in denen wir gegenwärtig leben, die seit dem dreißigjährigen Kriege noch nie so traurig waren, ist es unbedingt notwendig, daß die Arbeiterchaft alles daran setzt, die heutigen Rechte der Arbeiterchaft zu erhalten gegenüber allen Anfechtungen, von wo sie auch kommen mögen.

Schilling (Vorsitzender des Leipziger Gewerkschaftsausschusses) begrüßt die Generalversammlung im Namen des Gewerkschaftskartells. Unter Hinweis auf den vor wenigen Tagen in Leipzig zum Abschluß gekommenen Deutschen Gewerkschaftskongress, der leider nicht im eignen Heim der Leipziger Arbeiterchaft tagen konnte, gab er seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß die Generalversammlung der Buchdrucker im Leipziger „Volkshaus“ stattfinden und hofft, daß auch dieser Tagung in diesem Hause die Möglichkeit gegeben sei, die Wege des Buchdruckerverbandes höher zu führen, wie dies auch von verschiedenen andern Verbandsorganen an dieser historischen Stätte zu sagen sei. Die Buchdrucker sind nicht nur gute Gewerkschaftler, sondern auch gute Gesellschaftler. Sie sind der einzige Verband, in dem der Geist der Klassenlosigkeit auch durch das Gefühl als Berufsenossen in ganz besonderer Weise in kollegialen Verkehr getragen ist.

Selbst dankt für diese herzlich Begrüßungen und heißt in gleicher Weise die anwesenden Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen und der übrigen deutschen graphischen Verbände willkommen. Verdun (Sekretär des Internationalen Buchdruckersekretariats) spricht in kurzen Worten den Dank der Vertreter der ausländischen Kollegen für die Einladung aus und weist darauf hin, daß auf diese Tagung alle dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbände mit hohen Erwartungen blicken, da die Beischluß dieser Tagung für sie von besonderer Bedeutung sind. Der Deutsche Buchdruckerverband war von jeher ein kräftiger Träger und Förderer der Buchdruckerinternationalen. Er verweist auf den vorliegenden Antrag, der die Abereinstimmung mit der Amsterdamer Internationale fordert und stellt fest, daß in dieser Richtung schon längst gearbeitet wird. Den Verhandlungen wünscht er im Interesse der gesamten Buchdruckerinternationalen sachlichen und geordneten Verlauf.

Schilling begrüßt als Vertreter der übrigen deutschen graphischen Verbände die Generalversammlung. Die ganze graphische Welt blickt mit hohen Erwartungen auf diesen Verbandstag, weil hier Beschlüsse zu fassen sind, die für alle graphischen Berufe von größter Tragweite sind. Er wünscht daher den Verhandlungen im Interesse der gesamten Arbeiterchaft den besten Erfolg.

Sitzung begrüßt mit kurzen Worten die Generalversammlung im Auftrage der Leipziger Kollegenschaft. Selbst stellt hierauf folgende Präsenzliste fest:  
Gau Berlin: Dr. Achermann, A. Albrecht\*, M. Abel\*, D. Engelmeier, D. Fiedler, Th. Gabben, W. Gell, Ad. Gröning, Ad. Gohl, R. Hermann, O. Sinze, G. Hof\*, M. Klein, L. Keller, S. Kofke, G. Kurz, D. Kemke, R. Krenz, D. Mahlo, E. Marau, M. Massini\*, A. Oarghe, K. Rapp, L. P. Gold, E. Pöschmann, S. Schlessler\*, M. Schliebner, A. Vierzah.  
\* Anwohner des Konsulats in Berlin noch nicht anwesend.

Gau Bayern: G. Belschmidt (München); F. Brandmüller (München); M. Döbling (München); M. Döres (Erlangen); G. Engel (Wärzburg); S. Kemmerich (München); W. H. Maier (Kempten); S. Maner (Passau); D. Merklein (Mugsburg); M. Schindler (Regensburg); M. Schumacher (Wärzburg); Jol. Süßner (München).  
Gau Danzig: M. Hübler (Danzig).  
Gau Dresden: W. H. Baumeister (Dresden); M. Frettag (Dresden); S. Frettläger (Mellten); D. Schroeder (Dresden); S. Wendische (Dresden).  
Gau Erzgebirge-Vogtland: D. Dähnel (Chemnitz); R. Kober (Plauen); S. Kraiser (Zwickau); E. Dertel (Chemnitz).  
Gau Frankfurt-Hessen: G. Diehl (Frankfurt a. M.); W. Köhler (Frankfurt a. M.); S. Moutarde (Wiesbaden); W. H. Nepeck (Frankfurt a. M.); W. Pöschner (Offenbach); F. Reich (Frankfurt a. M.).  
Gau Hamburg-Mittelelbe: W. Marrens, W. Reindorf; P. Rump, Fr. Rumbler, E. Thordan, E. Thorbauer.  
Gau Hannover: P. Frettel (Hildesheim); S. Herkblaus (Osabrück); W. H. Kramer (Göttingen); S. Lütke (Hannover); G. Pfingsten (Hannover); W. H. Reuter (Braunschweig).  
Gau Ostpreußen: R. v. d. Ma, Ad. Bausfeld, D. Bausfeld, M. Diebe, Br. Dreher, R. Gläß, Br. Hälse, L. Kesselbarth, S. Kötter, R. Kobl, A. Kömer, M. Stürz, R. Witten.  
Gau Mecklenburg-Vorpommern: A. Dahnke (Schwerin in Mecklenburg); M. Georgi (Ueck).  
Gau Mittelrhein: G. Bahler (Darmstadt); F. Conradt (Mannheim); M. Maurer (Scheidberg); R. May (Kallerslautern); Ph. Michel (Ludwigshafen); S. Wenrich (Mainz).  
Gau Nordwest: Ch. Felle (Bremen); D. Subrich (Emden); F. Hoyer (Bremen).  
Gau Oberrhein: M. Anger (Börsach); W. H. Dittmann (Karlsruhe); S. Lindenlaub (Freiburg i. Br.); W. H. Maier (Karlsruhe).  
Gau Oden: F. Diebel (Eberswalde); E. Gurr (Stollbus); M. Maltsche (Potsdam); M. Reinecke (Frankfurt a. d. O.); G. Reinke (Stettin); S. Warnke (Greifswald).  
Gau Ostpreußen: R. Hannemann (Königsberg i. Pr.); S. Reiser (Königsberg i. Pr.).  
Gau Rheinland-Westfalen: E. Albrecht (Aöln a. Rh.); Th. Balbus (Bonn); F. Benner (Böchem); S. Bertram (Aöln a. Rh.); F. Böhmig (Essen); F. Effermann (Dortmund); D. Frömsdorf (Remscheid); W. Graaf (Düsseldorf); P. Greden (Wachen); J. Hirsch (Düsseldorf); R. Jungs (Wormen); W. H. Kreyer (Wiesbaden); L. Lorenz (Sagen i. Westf.); G. Pöschner (Aöln a. Rh.); J. Mombauer (Södingen); F. Nesselhut (Duisburg); P. Neu (Köln); S. Weber (Erfeld).  
Gau An der Saale: F. Kell (Nordhausen); M. Kleeemann (Mittenberg); R. Klopch (Zelb); S. König (Halle an der Saale); M. Meyer (Halberstadt); G. Nagel (Mörsleben); R. Wagner (Quedlinburg).  
Gau Saargebiet: M. Störk (Saarbrücken).  
Gau Schlesien: A. Fiedler (Breslau); R. Hauschild (Wagau); F. Köchel (Waldenburg i. Schl.); E. Scholz (Wagau); F. Sporn (Breslau); M. Ulrich (Zettlitz in Oberschlesien).  
Gau Schleswig-Holstein: A. Krauer (Flensburg); M. Prüfer (Aöln).  
Gau Thüringen: M. Diehl (Eisenach); E. Klopfer (Jena); E. Prox (Weimar); W. Ranke (Gera); L. Stange (Erfurt); S. Wislaug (Mittenberg).  
Gau Westfalen: S. Brandt (Oberdorf); F. Egenberger (Stuttgard); E. Galfert (Eölingen); S. Glasbrenner (Aöln); D. Seinerich (Helmbrunn); G. Klein (Stuttgard); E. Richter (Pforzheim); Th. Schröder (Stuttgard).  
Verbandsvorstand: S. Selbst, erster Vorsitzender; D. Krauß, zweiter Vorsitzender; Br. Schweinik, Hauptkassierer; R. Glaser, Hauptverwalter; M. Kille, D. Köhne, P. Hannach, Sekretäre; R. Barth, D. Brünner, S. Glöckmann, A. Grams, O. Hübner, M. Lehmphul, W. H. Klebebeck, P. Ledemann, Beisitzer.  
\* „Korr.“-Redaktion: W. Krabl, S. Schaeffer, S. Helmholz.

- Für den Bildnassverband der Deutschen Buchdrucker: B. Dreher (Leipzig).
- Für das Carlsmat: R. Braun, Gehilfenvorsteher (Berlin).
- Für die Zentralkommission der Freien Faktorenvereinigungen Deutschlands (W. D. D. B.): G. Wachner (Berlin).
- Für den Graphischen Bund: Fr. Prilskow, Sekretär (Berlin).
- Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund: P. Graßmann, zweiter Vorsitzender (Berlin). \* Infolge der innerpolitischen Lage noch nicht anwesend.
- Für das Internationale Buchdruckersekretariat: F. Verban, Sekretär (Bern).
- Für den Verband der Graphischen Arbeiter Jugoslawiens: B. A. Jost (Zagreb).
- Stenograph: E. Kabeitz (Berlin).
- Für den Allgemeinen Niederländischen Typographenbund: F. van der Wal (Amsterdam).
- Für den Verband der Vereine der Buchdrucker und Schriftsetzer und verwandter Berufe Österreichs: Ad. Weigelt (Wien).
- Für den Schweizerischen Typographenbund: J. Schumpf (Bern).
- Für den Verband der Buchdrucker der Tschechoslowakischen Republik: W. Nemecek (Prag); M. Schurner (Brünn).
- Für den Ungarischen Buchdruckerarbeiterverband: J. Pöschl und M. Kohnstein (Budapest).
- Für den Verband der Lithographen, Steinbildner und verwandten Berufe: J. Kapf und E. Herbst (Berlin).
- Für den Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen: E. Pacher (Berlin).
- Für den Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands: W. Harber (Berlin).

Bestand der Geschäftsordnung wird festgestellt, daß die frühere ohne Änderung beibehalten werden soll. Die Verhandlungsstellung wird sodann durch Wahl des Kollegen Kesselbach als dritter Vorsitzender sowie durch die Kollegen Thobauer, Willen, Lemke, Lorenz und Gröning als Schriftführer ergänzt.

Die Mandatprüfungskommission, die auch als Beschwerdekommision gelten soll, wird sodann aus den Kollegen Rump, Merthin, Wenrich, Stuns, Lütke und Schröter zusammengesetzt. In die Diktionkommission werden die Kollegen Runger, Bahler, Gebl, Wendische, Albrecht, Reuter und Ulrich gewählt.

Nach Regelung dieser geschäftlichen Angelegenheiten gedachte die Generalversammlung in ehrenvoller Weise der in den letzten beiden Jahren aus dem Leben geschiedenen Mitglieder, deren Zahl im Jahre 1920 663 und 1921 584 betrug. Den großen Toten der gesamten Arbeiterbewegung legten und hielten die Vorstände einen besonderen Nachruf.

Selbst verließ hierauf eine inzwischen eingetragene Entschleunigung, die die sofortige telegraphische Einladung von Vertretern des russischen und bulgarischen Buchdruckerverbandes sowie des französischen Einheitsverbandes der Buchdrucker verlangte, weil das Fernhalten dieser Verbände nicht im Interesse der Herstellung einer einheitlichen Kampffront der internationalen Arbeiterbewegung im allgemeinen und des internationalen Buchdruckerproletariats im besonderen liegt.

Gabben begründet diesen Antrag und bezeichnet es als falsch, daß nur Verbände eingeladen worden seien, die dem internationalen Buchdruckersekretariat oder der Amsterdamer Internationale angeschlossen seien. Es seien doch auch die Amerikaner schon eingeladen worden, obwohl sie der Amsterdamer Internationale nicht angeschlossen sind, und der französische Buchdruckerverband sei sogar eingeladen worden, obwohl dieser kein Fernbleiben von der Nürnberger Generalversammlung u. a. auch mit moralischen Gründen zu rechtfertigen versucht habe.

Proz spricht unter kurzem Hinweis auf die erforderliche Ordnung auch in gewerkschaftlichen Fragen gegen die Einladung von Organisationen, die aus prinzipiellen Gründen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale nicht angehören wollen.

Die darauf erfolgende Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrags gegen nur wenige Stimmen.

Fiedler (Breslau) begründet die Notwendigkeit der Zulassung einer besonderen Delegation der Kollegen in Oberösterreich aus Kallowitz, und zwar im Namen der schlesischen Delegierten.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Wierath beantragt im Hinblick auf die Berliner Lohnbewegung als ersten Punkt der Tagesordnung über „Die augenblickliche Lage im Gewerbe“ zu verhandeln.

Braun widerspricht diesem Antrag mit der Begründung, daß er dann die Verhältnisse in Berlin klarlegen müßte, die jedoch noch nicht spruchreif seien, und daß es den Berliner Kollegen wahrnehmlich sehr schädlich sein könnte, wenn die Generalversammlung in dieser Situation Stellung nehmen würde.

Selbst unterstützt den Antrag Wierath, da diese Frage nicht nur eine solche der Berliner, sondern der gesamten Kollegenchaft sei und unter allen Umständen zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden müsse.

Selbst weist darauf hin, daß das Urteil der Generalversammlung anders ausfallen wird, als Kollege Selbe annimmt und ersucht daher, von einer Stellungnahme in diesem Augenblick noch Abstand zu nehmen.

Mit übergroßer Mehrheit wird sodann der Antrag abgelehnt.

Nummer wird in die Beratung von Punkt I der Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Genehmigung der Jahresberichte eingetreten.

Selbst verweist zunächst auf den Verlauf und die Ergebnisse des vor wenigen Tagen in Leipzig abgehaltenen Gewerkschaftskongresses, dem in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine besondere Bedeutung zugesprochen sein werde. Trotz einzelner Schwierigkeiten, die von einigen Gruppen auf diesem Kongreß bereit wurden, und die man auf einer solchen Tagung nicht erwartet hätte, sei der Verlauf im allgemeinen ein guter gewesen. Und sein Ausgang war der Ruf nach Einigung der Arbeiterchaft. In welcher erster Zeit wir leben, zeigt uns die morgen wieder stattfindende Demonstration, die dazu dienen soll, den gemeinsamen Forderungen der deutschen Arbeiterchaft, wie sie vom Gewerkschaftskongreß, der sie und den politischen Arbeiterpartei aufgestellt wurden, den gebührenden Nachdruck zu verleihen. Auch die Generalversammlung wird daher gezwungen sein, die morgige Tagung danach einzurichten. Und diese Situation wird auch auf unsere Verhandlungen und Beschlüsse einwirken. Sie haben nun zu befinden, ob der Verbandsvorstand, die Organisationsinstanzen und die Gehilfenvertreter in den letzten beiden Jahren ihre Pflicht getan haben, ob das Notwendige geschehen ist, oder ob nach einzelnen Aufstellungen anders hätte gehandelt werden sollen. Er hofft auf sachlichen Meinungsaustausch durch die Generalversammlung. Denn schließlich wollen wir alle voneinander lernen. Es gibt ja verschiedene Wege nach Rom. Der Verbandsvorstand hat noch nie für sich in Anspruch genommen, daß seine Meinung und seine Auffassung allein richtig wäre. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß wir auf organisatorischem Gebiet eine gewisse Ruheperiode zu verzeichnen haben, wenn wir von den Lohnverhandlungen alle vier Wochen absehen. In Nürnberg war beim Geschäftsbericht über große Dinge zu berichten, Revolution, Kampfpuls usw. Das gehört nun der Vergangenheit an. In den beiden letzten Jahren haben sich solche weltbewegende Dinge nicht zugetragen. Auf tariflichem Gebiet war dagegen die Entmischung groß und schwer. Ein fortgesetztes Sinken des Geldwertes bedrückte unser Lebenshaltung immer mehr. Damit konnte die tarifliche Verbesserung unserer Lohnverhältnisse nicht Schritt halten. Wenn wir auch im Jahre 1921 auf tariflichem Gebiet wesentlich weiter gekommen sind, so konnte dies doch infolge großer Rückschläge aus früherer Zeit nicht voll zur Geltung kommen. Es herrscht daher auch große Erbitterung in der Gehilfenchaft. Gar zu oft werden nun einzelne Personen dafür verantwortlich gemacht, obwohl doch feststeht, daß nicht nur wir Buchdrucker, sondern die ganze Arbeiterchaft und das ganze Volk darunter zu leiden haben. Großen Schwierigkeiten standen wir fortgesetzt gegenüber. Aber das eine können wir aussprechen, daß das, was von Seiten der Organisationsleitung und den Gehilfenvertretern getan werden konnte, ist getan worden. Alles andre schickerte jedoch an den Nachgeborenen, die leider in den letzten Monaten noch ganz andre Dinge zelebrierten als früher. In den beiden letzten Jahren hatten wir etwa 14 Lohnverhandlungen und erreichten eine Lohnverhöhung von rund 900 M. wöchentlich; das zeigt am deutlichsten die Schwierigkeit der Verhältnisse und wie schwer die Arbeit der Organisation und der Gehilfenvertreter war. Daß es so gekommen ist, verdanken wir zum größten Teil den unerträglichen Ansprüchen der ausländischen Sieger. Das sind Anforderungen, die kein Volk, und wenn es das arbeitsamste ist, erfüllen kann. Die deutsche Arbeiterchaft hat sich auf den Standpunkt der Erfüllungspolitik gestellt. Aber auf der andern Seite muß die Verunsinn kommen, daß ein Volk wie das deutsche, das so Großes in kultureller Hinsicht schon geleistet, nicht auf Jahrzehnte hinaus in Frondezeit gespannt werden darf. Wenn diese Verunsinn Platz greift, dann wird Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen so weit wie möglich durchzuführen; dann wird sich auch Deutschland wieder emporzuringeln. Alle diese tiefsten Anforderungen wirken naturgemäß lähmend auf die Gewerkschaften und die politischen Parteien. Wenn man aber bedenkt, wie lechere sich den Luxus der Zerstückelung erlauben, dann begreifen viellecht auch jene Kollegen, die zur Kritik hergekommen sind, daß unsere Organisation und die Vertreter der Gehilfenchaft das Beste getan haben, um der Kollegenchaft zu dienen und zu helfen. Obwohl wir über tarifliche Fragen noch eine besondere Beratung pflegen werden, muß doch hier schon mitgeteilt werden, daß der Deutsche Buchdruckerverein den Buchdruckerartikl und den Hilfsarbeiterartikl gekündigt hat. Unter völliger Mißachtung der jahrzehntelangen Zulagenarbeit innerhalb der Tarifgemeinschaft hat die Prinzipalorganisation ein Schreiben an uns gerichtet, wonach neben der Kündigung noch ausgesprochen wird, daß die Prinzipale die Vertreter der Gehilfenchaft zu gegebener Zeit zu Verhandlungen einladen werden, wobei auch Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins und vier Vertreter anderer Organisationen von Unternehmerseite teilnehmen sollen. Welche andre Organisationen hier in Frage kommen, wird aber in diesem Schreiben nicht gesagt. Derartige Beschlüsse hatte der Deutsche Buchdruckerverein ohne die Gehilfenchaft nicht zu fassen. Wir nehmen daher eine solche „Einladung“ auch gar nicht an. Wir haben eine Tarifgemeinschaft und Tarifinstanzen; innerhalb dieser Behörden sind derartige Dinge zu beraten und zu beschließen, solange die Tarifgemeinschaft besteht. Es ist dem Deutschen Buchdruckervereine mitgeteilt worden, daß dieser Brief einer Klärung bedarf. Es soll daher heute noch eine Ausdrucksache mit den maßgebenden Führern des Deutschen Buchdruckervereins und Vertretern des Verbandsvorstandes sowie einigen Gehilfenvertretern stattfinden. Das sind Vorgesänge auf tariflichem Gebiet. Erst vor vier Wochen haben wir mit dem Deutschen Buchdruckervereine Verhandlungen gepflogen, deren Ausgang bekannt ist. Die Prinzipale erklärten, daß sie außerstande seien, alle vier Wochen derartige Lohnverhandlungen auszubringen. Sie verlangten daher, daß der

Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums auf acht Wochen Stellung haben soll. Darauf konnten die Gehilfenvertreter nicht eingehen, sie erklärten nur, daß, wenn es eine besondere Verleuerung eintrete, eine Verhandlung im Juni nicht beantragt werde. Erst dann wurde der Schiedspruch von den Prinzipalen anerkannt und somit auch tarifliches Geleß. Inzwischen fanden weitere Besprechungen mit dem Deutschen Buchdruckervereine statt und schließlich wurden die nächsten Verhandlungen des Tarifausschusses am 11. Juli festgelegt. Für den Verbandsvorstand waren für die Zustimmung folgende Gründe maßgebend: Durch das Arbeitsministerium wurde mitgeteilt, daß die Verleuerung im Mai 9 Proz. betrage; das erschwerte die Aussicht auf einen Verhandlungstermin im Juni. Denn wenn die Gehilfenvertreter Forderungen aufstellten, dann müssen wir auch dafür eintreten. Vor der Generalversammlung konnte der Verbandsvorstand dieses Wagnis nicht auf sich nehmen. Dazu kommen noch Erschwerungen durch besondere Abmachungen in andern graphischen Berufen. Unter solchen Umständen wären die Verbesserungen durch frühere Verhandlungen sicher so minimal gewesen, daß der Verbandsvorstand nur mit Hilfe der Generalversammlung glaube zu einem besseren Resultat zu kommen. — Auch die Erschwerung im Setzungsgerbe durch die Papierverleuerung wirkt sehr hemmend. Hunderte von Betriebsräten haben dazu Stellung genommen und durch Beschlüsse die Regierung um Hilfe für das Setzungsgerbe ersucht. Das hemmt natürlich die Bewilligungen für die Buchdrucker bei den Schiedsprüchen im Reichsarbeitsministerium. Heute liegt nun dem Reichstagsrat ein Gesetzentwurf vor, der Erleichterungen für das Setzungsgerbe bringen soll. Aber der Widerstand der Räte gegen eine Solabgabe wird so groß sein, daß größere Hoffnungen kaum berechtigt sind. — Besondere Beachtung verdient auch die Fälligkeit des Fachausschusses, der bei der Durchberatung des Druckprelltarifs wertvolle Arbeit leistete; wobei sich jedoch auch herausstellte, daß gewerkschaftliche Interessen in manchen Dingen eine andere Beurteilung des Produktionsprozesses erfordern als der rein sachliche Gedankenaustausch. — Das 25-jährige Jubiläum der Tarifgemeinschaft im vergangenen Jahre wurde vom Redner einer kurzen Würdigung unterzogen und deren Vorteile für die Gehilfenchaft nach vielen frühen Erfahrungen der Vergangenheit besonders gekennzeichnet. Die Zeitragsfrage, das Mitbestimmungsrecht, Ordnung in Lohn- und Arbeitsverhältnissen haben sich als wertvolle Errungenschaften durch die Tarifgemeinschaft auch für die Gehilfenchaft bewährt. Und wäre der unglückliche Krieg nicht gekommen, so würde jedenfalls die Gehilfenchaft auch ihr mit größerer Zufriedenheit und Genugtuung gegenüberstehen. Es war ihre Aufgabe, die einheitliche Bestimmung über fremde Arbeitskräfte zu befestigen. Das ist ihr auch trotz des Krieges wieder gelungen; dafür kann diese Generalversammlung der Tarifgemeinschaft Dank sagen. In ständiger Weise gedachte der Redner auch des 25-jährigen Jubiläums des Kollegen Schiebs. Dieser Mann, der so zwischen zwei Parteien steht, kann und darf sich weder um rechts noch um links kümmern. Er muß nach beiden Seiten gerecht und objektiv sein. Er hat im Interesse des Buchdruckergerbes gearbeitet und verdient daher auch den Dank der Gehilfenchaft. Von beiden Seiten wird Schiebs scharf kritisiert und hat auf keiner Seite rechte Freunde gefunden. Das muß auch die Generalversammlung bedenken und ihm dankbar sein. — In den letzten Jahren haben eine Reihe von wilden Streiks in mehreren Städten stattgefunden; in Düsseldorf, Bielefeld, Darmstadt, Hamburg usw. Wir wollen heute nicht darüber rechten. Aber wir müssen den Appell an die gesamte Kollegenchaft richten, es nun endlich sein zu lassen mit diesem aus der Reibeltanz und wieder die selbstgeschaffenen Anstalten und Geleße zu beachten im Interesse der Allgemeinheit. Wird dieser Weg beschritten, dann wird auch manche Schwierigkeit für die Gehilfenvertreter zu überwinden sein. Dann kann auch von der andern Seite verlangt werden, daß den Bedürfnissen der Gehilfenchaft Rechnung getragen werden muß. Große Hemmungen sind durch solche Bewegungen der Gehilfenvertreter bereit worden. Jeder Gehilfenvertreter kann davon ein Lied singen. Es liegen nun Beschwerden vor, weil für solche Bewegungen keine Unterstellungen gezahlt worden sind. Der Verbandsvorstand mußte aber die Vertragsstreue und die Organisationsgeleße hochhalten, weshalb er auch solchen Bewegungen keine Unterstellung selbst durfte. Es liegen aus solchen Bewegungen eine ganze Reihe von Ausschlußanträgen gegen Mitglieder vor, die sich an diesen Bewegungen nicht beteiligen haben, die nicht karitativ werden wollten. Auch in Berlin hat sich ein Teil der Gehilfenchaft dieser Bewegung nicht angeschlossen. Nur wenn der Verbandsvorstand zum Kampfe aufruf, haben alle Mitglieder Folge zu leisten. Im Rheinland habe sich auch eine sogenannte Lohnkommission gebildet, die loszusagen als besondere Tarifinstanz eigene Wege zu gehen versuchte. Sie hat nicht lange ihres Amtes gewaltet und ist wieder von der Bildfläche verschunden. Diese Kommission hat nicht im Gehilfeninteresse gearbeitet, ebensowenig im Interesse der Organisation. Der Verbandsvorstand hat gegen diese Kollegen keine Ausschüsse vorgenommen, weil die Generalversammlung vor der Tür steht. Diese hat reine Bahn zu schaffen, um endlich einmal auch einen gewissen Schutz für diejenigen Personen zu schaffen, die, Jahraus, Jahrein ihre ganzen Kräfte für die Gehilfenchaft einsetzend, in der ordnungsmäßigen Weise beschimpft werden. Hier handelt es sich um die Frage der Opposition in unsern Reihen. Schon in Nürnberg hatten wir das bedauerliche Faktum zu verzeichnen, daß eine sogenannte Opposition ein Blättchen gegründet, den „Graphischen Block“; inzwischen ist ein weiteres Oppositionsblättchen, genannt „Die Opposition“, entstanden. Was in diesen beiden Blättchen an

Verbeugung, an Kerablung der Personen, die durch das Vertrauen der gesamten Kollegenchaft als Verbandsfunktionäre oder tarifliche Gehilfenvertreter gewählt wurden, gekleidet wird, das ist nach Auffassung der Herausgeber dieser Blätter eine Förderung der Organisation, eine verdienstvolle Tat, das ist die Einzige! ferner! Trotzdem Unfälle beim Verbandsvorstand eingingen, Maßnahmen dagegen zu ergreifen, hat der Verbandsvorstand davon abgesehen. Der Mahnruf zu Maßnahmen gegen die Opposition kam auch aus andern Gewerkschaftskreisen an den Verbandsvorstand; insbesondere wird in solchen Mahnungen zum Ausdruck gebracht, daß es in andern Gewerkschaftskreisen nicht verstanden wird, daß solche besonderen Organe in unserm Verbande geduldet werden. Trotzdem hat der Verbandsvorstand vor einem statutarisch berechtigten Einsprechen Abstand genommen. Wir haben uns auf den gesunden Sinn der deutschen Gehilfenchaft verlassen. Und wir hoffen, daß dieser gesunde Sinn auch bei der Opposition einmal zum Durchbruch kommt, daß mit ihrem Verhalten den Interessen der Gehilfenchaft und der gesamten Arbeiterchaft nicht gekleidet wird. Er richte daher namens des Verbandsvorstandes den letzten Appell an die Opposition, daß wir den Kampf sachlich führen, daß die Grundzüge der Kollegialität bewahrt und aufrecht erhalten werden. Greift aber das nicht Platz, dann ist es Zeit für die Personen, die als so unschuldig hingestellt werden, die Plätze zu räumen, oder daß die Organisation den Kollegen der Opposition begreiflich macht, daß sie ihr bisheriges Treiben zu unterlassen haben. — In der Berichtsperiode sind zwischen den Organisationen des Grapbilchen Bundes verschiedene Abkommen in wichtigen Fragen getroffen worden. So das Offsetabkommen mit dem Verbande der Lithographen und Steindruckere sowie jenes über die Belegung der Rotationsmaschinen mit der Hilfsarbeiterorganisation, wenn auch in dieser Richtung noch mancherlei strittige Punkte bestehen. — Die Gewerkschaften sind heute andre Gebilde als vor dem Kriege. Früher hatten sie in der Hauptsache die Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Nun hat die Revolution die Gewerkschaften in den Mittelpunkt der ganzen Verhältnisse gestellt. Die wirtschaftspolitische Entwicklung erfordert regie Mitarbeit der Gewerkschaftsvertreter in den verschiedenen wirtschaftlichen Zentralinstanzen, in den Zentralarbeitsgemeinschaften, im Reichsarbeitsrat usw. Diese notwendige Mitarbeit in allen diesen Instanzen nimmt unsere Arbeit außerordentlich in Anspruch. Dadurch wird die Arbeit in andern Instanzen sehr erschwert. Aber diese Mitarbeit muß geleistet werden, weil die Arbeiterchaft Anspruch auf Gleichberechtigung in allen diesen Körperschaften hat, und zwar nicht bloß im Interesse unserer Organisation, sondern der gesamten Arbeiterchaft. — In der Mallesfrage sind schwere Vorwürfe gegen den AOBG, und gegen den Verbandspräsidenten erhoben worden, weil man gewisse Malles für die Malleser verlangt hatte. Da jedoch die politischen Parteien mit diesbezüglichen Richtlinien der Gewerkschaften nicht einverstanden waren, so konnten einseitige Richtlinien nicht aufgebracht werden; dadurch ist aber die Malleser zu einer politischen geworden. Und in Hunderten von Städten ist die Malleser in andrer Weise als durch Arbeitsruhe durchgeführt worden. Auch der Gewerkschaftskongreß hat sich mit dieser Frage beschäftigt, wobei festgestellt wurde, daß ein Gesetzesentwurf für Arbeitsruhe am 1. Mai durch die politischen Parteien vorbereitet und vertreten werden soll. Es wird nun abzuwarten sein, ob die Regierung diesen Antrag berücksichtigen wird. — Es sind Kräfte am Werke, die Errungenschaften der deutschen Arbeiterchaft wieder zu beseitigen. Leider sind selbst Arbeiterpolitiker gegen die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages. Die Gewerkschaftsvertreter vertreten diese Meinung nicht. Eine Auktion an dem Achtstundentage wird den Kampf gegen das gesamte Unternehmertum bedeuten, das hat der Gewerkschaftskongreß zum Ausdruck gebracht. Diesem Beschlusse des Gewerkschaftskongresses werden auch die Buchdrucker zustimmen, und sie werden dafür nicht erst in letzter Linie eintreten. — Das verbercherliche Amental auf Scheidemann, der heute noch Mitglied unseres Verbandes ist, hat dem Verbandsvorstande Veranlassung gegeben, den bedrohten Kollegen schriftlich zu beglückwünschen, daß der Anschlag auf sein Leben fehlging. — In Bildungsfragen hat der Verbandsvorstand seine hilfreiche Hand geboten; u. a. durch Beschickung der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. und andrer Wirtschaftsschulen. Es kommen allerdings nur wenige Kollegen in Frage, aber mitarbeiten und helfen wollen wir, damit aus den Reihen unserer Kollegenchaft immer noch mehr gekleidete Vorkämpfer für eine bessere Zukunft der Arbeiterchaft hervorgehen können. Damit sind nur die wichtigsten Punkte der Arbeitstätigkeit des Verbandsvorstandes geschildert, soweit sie nicht schon im gedruckten Jahresberichte niedergelegt sind. Werter wir noch einen Rückblick auf die Entwicklung unserer Organisation nach dem Kriege, so ist festzustellen, daß wir im zweiten Quartal 1914 70 452 Mitglieder verzeichneten, am 31. März 1917 waren es nur noch 28 954, alle andern waren zum Kriegsdienst einberufen oder dem Kriege schon zum Opfer gefallen. Ende 1921 hatten wir wieder 75 747 Mitglieder, oder seit dem Jahre 1918 rund 25 000 mehr, dagegen seit dem Jahre 1920 nur einen Zuwachs von 2 000 Mitgliedern. Gegenüber der Zeit vor dem Kriege haben wir eine Steigerung der Mitgliederzahl um 5 000. Das scheint gering zu sein gegenüber dem Zuwachs der übrigen freien Gewerkschaften. Das ist aber dadurch zu erklären, daß wir schon vor dem Kriege einen Stand der Organisation erreicht hatten, der kaum noch überboten werden konnte; lediglich der Zuwachs konnte und kann noch zu uns kommen. Wir gehören also nicht zu den sogenannten Kriegsgewinnlern unter den Gewerkschaften. Schon jahrzehntlang haben wir für die allgemeine Arbeiterbewegung gearbeitet und waren richtungsgebend für die deutsche Arbeiterbewegung

seit 60 Jahren insbesondere für die Gewerkschaften. — Dabei Kollegenverhältnisse durch den Kollegen Schwelmbild besonders dargelegt werden, ist nur hervorzuheben, daß unser Verbandsvermögen heute das Doppelte dessen beträgt, was wir vor dem Kriege hatten. Aber das relative Verhältniß ist nicht dementsprechend. Den Beitragsersparnissen hat die übergroße Mehrzahl der Mitglieder erfreuliches Verständnis entgegengebracht. Die Generalversammlung muß ein abriges tun, um die Festigung der Organisation herbeizuführen; das gilt auch für das Unterstützungswesen. — In der Agitation konnte seit Nürnberg vom Verbandsvorstand etwas mehr getan werden als früher; und wenn einmal wieder stabilere Verhältnisse eintreten, wird noch mehr getan werden. — Durch Neugestaltung der politischen Grenzen Deutschlands haben wir den Gau Elbst-Vollbrunn verloren; der Gau Westpreußen mußte aufgeföhrt werden; die Mittelgebirgskasse Danzig gehört nicht mehr zum Deutschen Reich, was die Gründung eines besonderen Gau'es erforderlich machte, wodurch die dortigen Kollegen als gleichberechtigte Mitglieder unserm Verband erhalten blieben; auch in Schleswig-Holstein haben wir eine Reihe von Kollegen verloren, die Mitglieder des Dänischen Verbandes geworden sind. Nun stehen wir noch vor weiteren Verlusten in Oberhessen; aber es kommt in Betracht, daß die dortigen Kollegen noch 15 Jahre die Mithilfe leisten, aber ihr Mitgliedschaftsverhältnis zu unserm Verband zu entscheiden. Das Saargebiet bildet einen besonderen Gau, weil es auf Grund des Friedensvertrages den Zentralorganisationen in Deutschland nicht mehr gestattet ist, mitbestimmend in die Verhältnisse im Saargebiet einzugreifen. — Aber den Grapbilchen Bund, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, die Sparten und Faktorenanlagenstell wird vom Verbandsvorstand bei den betreffenden Punkten der Tagesordnung noch manches zu sagen sein. Hervorzuheben ist hier nur, daß wir mit den erkrankten Organisationen in den beiden letzten Jahren ein gutes Zusammenarbeiten zu verzeichnen hatten. Wie oft haben wir uns mit den Sparten beschäftigt. Durch sich und Stimme der Vorsitzenden der Zentralorganisationen im Verbandsvorstande haben die betreffenden Kollegen einen tieferen Einblick in die gesamte Organisationsarbeit erhalten. Das beweist, daß die früheren Beschlüsse zweckmäßig waren. Wenn nun in eine Kritik der Jahresberichte eingetreten wird, dann wird es nötig sein, die schwierigen Verhältnisse, unter denen der Verbandsvorstand, die Organisation und die Gehilfenvertreter zu arbeiten hatten, mit den schwierigen Verhältnissen für ganz Deutschland zu vergleichen. Geht es das mit dem Gedanken der Kollegialität und Solidarität, dann wird auch das Resultat dieser Generalversammlung ein erhellendes sein! (Rebhafter Beifall.)

Schwelmbild entrollt in großen Zügen ein ausführliches Bild der finanziellen Verhältnisse des Verbandes, seiner Einnahmen und Ausgaben auf allen Gebieten, was analoges von den verschiedenen Zuständen der deutschen Geldverhältnisse äußert stark beeinflusst wurde und noch wird. Den Lesern des „Korr.“ sind die hauptsächlichsten Ausgaben schon aus dem Artikel über den Jahresbericht des Verbandes in Nr. 58 bekannt, auf die wir aus Gründen der Raumersparnis verweisen müssen; auch der im gedruckten Jahresberichte des Verbandsvorstandes, der schon seit längerer Zeit in den Händen aller Mitglieder sein dürfte, gibt eingehenden Aufschluß über diese Verhältnisse, weshalb wir auf eine Wiedergabe einzelner Ziffern an dieser Stelle verzichten können. In eindrucksvoller Weise gerahmte der Redner den Vermögensstand im Vergleich zur Mitgliederzahl und zu den Veränderungen durch die Geldentwertung. Er stellte fest, daß durch Umwandlung in andre Berufe in den letzten drei Jahren insgesamt 7178 Mitglieder dem Gewerbe den Rücken kehrten, von denen sich nur 2624 wieder zurückgemeldet haben; durch Gebietsabteilungen ist ein Verlust von 1430 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte in den Jahren 1909—1913 von jedem Beitrag 14 Pf., 1919 57,4 Pf., 1920: 57,8 Pf., und 1921: 40,1 Pf. Die Wohnzinsunterstützung und Streikunterstützung erforderte 1920 13 Pf. auf jeden Beitrag, 1921 9,8 Pf. Die Krankenunterstützung in den Jahren 1909—13 ergab auf jeden Beitrag 30,3 Pf., 1919: 20,5 Pf., 1920: 30 Pf., und 1921: 39,6 Pf. Die Invalidenunterstützung erforderte in den Jahren 1909—13 pro Beitrag 10,9 Pf., 1919: 15,5 Pf., 1920: 19 Pf., und 1921: 35,1 Pf. Die Ausgabensteigerung bei diesem Unterstützungswesen ist auf eine größere Berücksichtigung der Anlage unserer Invaliden zurückzuführen. Leider ist dabei zu beachten, daß die Anrechnung dieser Unterstützung bei der reichsgesetzlichen Invalidenunterstützung zu besonderer Voracht mahnt, da die Reichsversicherungsordnung für die Invaliden mehr und mehr von dem früheren Rechtsprinzip für die Versicherten abgewichen ist und den Charakter einer sogenannten Fürsorge angenommen hat. Insgesamt betrug der Anteil der Unterstützungsausgaben des Verbandes im Jahre 1921: 23,4 Proz. und 1920: 39 Proz. der Beiträge. Die Verwaltungskosten des Verbandsvorstandes ergaben auf jeden Beitrag in den Jahren 1909—13: 1,4 Pf., im Jahre 1919: 5,1 Pf., im Jahre 1920: 16 Pf., wobei noch das Generalversammlungsprotokoll mit 75 000 Mk., eingerechnet ist, im Jahre 1921: 17,7 Pf. Das bedeutet gegenüber der Friedenszeit eine Steigerung um das 15fache; die höchsten Ausgaben (Drucksachen, Bureaubedarf usw.) umfassen davon mehr als die Hälfte. Der Verbandsbeitrag betrug im Jahre 1920 im Durchschnitt 3,25 Mk., im Jahre 1921: 5,25 Mk. Die Ausgaben für tarifliche Zwecke (Tarifausgleichsleistungen, damit zusammenhängende Gewerkschaftskongresse, Vortragsreden der Gehilfenvertreter, überhaupt alle Sitzungen tariflicher Art sowie die Beiträge an das Tarifamt) erforderten im Jahre 1920: 7,9 Pf. pro Beitrag und 1921: 11,6 Pf. Demgegenüber steht in beiden Jahren als Ergebnis der tarif-

lichen Verhandlungen seit 1. Februar 1921 bis 1. Juni 1922 eine Lohnsteigerung für rund 70 000 Gehilfen von insgesamt 800 Mill. Mk., gegenüber einem Sinfen-aufwand von 437 044 Mk.; dazu kommen noch die Erhöhungen für Hilfsarbeiter, Beblirine und Faktoren. Die Einnahmen für den „Korr.“ haben sich bei den Abonnements verdoppelt, bei den Inseraten um das 4 1/2fache gesteigert. Die Drucksachen waren bis März d. J. auf das 15fache gestiegen, die Papierkosten auf das 16fache; die Summierung 1922 für Papier ergibt dagegen eine Steigerung auf das 87fache. Die Ausgaben für Redaktion und Expedition sind jedoch nur um das 9fache und die sonstigen Ausgaben auf das 4fache gestiegen. Alle diese Feststellungen ergeben, daß die gesamte Verwaltung des Verbandes eine sehr kostbare ist, und daß mit den Beiträgen sehr wirtschaftlich umgegangen wird. Der Redner vertrieb es, Vergleiche mit der Goldmark anzustellen, brachte vielmehr alle Ausgaben mit den Lohnsteigerungen der Gehilfen in Vergleich und wies nach, wie notwendig es ist, daß auch die Einnahmen des Verbandes eine beweisliche Grundlage im Verhältnisse zu dem jeweiligen Stundenlohn erhalten; wozu den Delegierten vom Verbandsvorstand entsprechende Nachweise und Vorschläge unterbreitet werden, die bei Festlegung der Beiträge besondere Beachtung verdienen. Wenn die Kollegen mehr als bisher den Bleistift zur Hand nehmen und nachrechnen, in welcher Weise sich Einnahmen und Ausgaben des Verbandes im Verhältnisse zur Steigerung der Lohnsteigerung entwickelt haben, so werden sie finden, daß es dringend nötig und berechtigt ist, die Finanzkraft des Verbandes im eigenen Interesse der Kollegialität ganz wesentlich zu stärken, um auch nach dieser Richtung wieder festen Boden für unsere Organisation zu schaffen. (Rebhafter Beifall.)

### Nachmittags Sitzung

Vorsitzender Krauß begrüßt zunächst mit herzlichen Worten die inzwischen noch eingetroffenen Vertreter des ungarischen Bruderorganisations, die Kollegen Kolbenstein und Peidl sowie den Sekretär der arapbilchen Jugend Jugoslawiens, Kollegen Stark.

Vom Kollegen Nagroß (Danzig), dem früheren Vorsteher des Gau'es Westpreußen, liegt ein Telegramm vor, dessen Bekanntheit beifällig aufgenommen wird.

Darauf entfällt sich eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte über einen Antrag Bierath und Genossen, je einem Vertreter der beiden Oppositionsrichtungen zu den wichtigsten fünf Punkten längere Redezeit zuzugestehen.

Bierath begründet diesen Antrag unter dem Hinweis auf den vom Buchbinderverbandsrat und Gewerkschaftskongreß geübten Modus. Er verpricht im Falle der Annahme dieses Antrags, seinen Gebrauch von dem Zugeständnisse machen zu wollen.

Nachdem auch Redner für und gegen den Antrag gesprochen und festgestellt war, daß von 40 zum Geschäftsbericht gemeldeten Rednern die Hälfte der Opposition anbeht, gelang ein Antrag zur Annahme, neben den Rednern der beiden Oppositionsrichtungen auch einem Vertreter der Mehrheit eine dreiviertelstündige Redezeit zum Geschäftsberichte zu verfallen.

Zurückkommend auf einen Zwischenruf in der Nachmittagsitzung stellt Vorsitzender Krauß fest, daß keine Rede davon sein könne, daß offizielle Vertreter des Buchdruckerverbandes den Buchbindern „geraten“ haben, ihr leistungsgelobtes Lohnabkommen auf eine achtwöchige Dauer abzuschließen.

Bevor in die Aussprache über den Geschäftsbericht eingetreten wird, gibt der Vorsitzende vom Eingange folgender Entschlüsse Kenntnis:

Die erste ordentliche Generalversammlung nimmt den Vorstandsbericht zur Kenntnis und erhebt aus demselben, daß die vom Vorstand eingeschlagene Politik nicht imstande war, auch nur die einfachsten Lebensnotwendigkeiten der Kollegenschaft sicherzustellen, geschweige denn den Lebensstand der Buchdrucker auf das Niveau der Vorkriegszeit zurückzuführen.

Die Tätigkeit des Verbandes hat sich im Geiste des Arbeitersolidaritäts- und Tarifgemeinschaftsgedanken bewegt, hat die vom AOBG betriebene Politik, die Regierung des Klassenkampfes, unterstützt, wodurch die Nachhaken des Krieges reiflos der Arbeiterchaft aufgebürdet worden sind. Der Verbandsvorstand hat politisch nichts unternommen, um die Buchdrucker in die allgemeine Kampffront der deutschen Arbeiterchaft einzuziehen, die notwendig ist, um den Generalangriff des Unternehmertums gegen die Revolutionsorganisationsformen der deutschen Arbeiterchaft abzuwehren. Die Generalversammlung verurteilt daher aus schärfste die vom Verbandsvorstande geführte Politik.

Engelmeier, Hünze, Sells, Frömdsdorf, Gabben, Kotte, Bierath.

Die Tätigkeit des Tarifamtsleiters Kollegen Schicks liegt lediglich auf dem Gebiete der Tarifgemeinschaft und naturgemäß nur im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Kapital und Arbeit. Dabei kam er oft als Verbandsmitglied in scharfen Gegenatz zu den Forderungen der Gehilfenchaft und den Interessen des Verbandes. Die Generalversammlung kann sich daher der Anerkennungserklärung gegenüber dem Kollegen Schicks nicht anschließen.

Sells, Engelmeier, Frömdsdorf, Gabben, Kotte, Bierath, Schinze.

Als erster Redner nimmt Engelmeier das Wort zum Geschäftsbericht. Bereits im Jahresbericht über 1920 war der Hinweis zu finden, daß wir einer dunklen Zukunft entgegengehen. Derselbe Auserung hatte auch Gültigkeit für den Geschäftsbericht über das Jahr 1921. Dem ist durchaus zuzustimmen. Leider wurde im Be-

rliche verläuft, auf die Ursachen einzugehen und darauf, wie eine Besserung für die Gehilfen durch herbeizuführen ist. Nicht nur auf die wirtschaftliche, sondern wohl auch auf die politische wollte der Verbandsvorstand anspielen. Man wird es als eine angenehme Überraschung empfinden, wenn hier nur auf die wirtschaftliche Seite eingegangen wird. Vor allem auf die Politik, die innerhalb unserer Organisation geliebt wurde. Immer wird zugegeben, daß die gewerbliche Konjunktur eine gute ist. Wie ist demgegenüber möglich, daß das Lebensniveau der Kollegenchaft ein so trauriges ist und täglich noch schlechter wird? Wer trägt die Schuld an dieser Tatsache? Diese Schuld, soweit sie dem Verbandsrat zufällt, ist auf das Fehlen der Tarifgemeinschaft zurückzuführen. Die Haltung der Gehilfenvertretung war nicht immer so, daß die Interessen der Gehilfenchaft voll gewahrt wurden. Ein Gewerbe, das nicht in der Lage ist, seine Angehörigen so zu ernähren, daß die verbrauchte Arbeitskraft ersetzt werden kann, mag zu Grunde gehen. Zugabene ist, daß manche kleine Betriebe Not leiden, andererseits aber gibt es in Großstadt und Provinz viele Betriebe, die mit Reichlichkeit mehr gewähren können, um Lust und Liebe zur Arbeit zu erwecken. So wie die Dinge heute liegen, kann davon keine Rede sein. Es fehlt uns an einer Führerschaft, die zeigt, was getan werden muß, um zu besseren Verhältnissen zu gelangen. Unsere Führung hat keine Initiative, sie ist nur auf die Rettung des Gewerbes bedacht. Die unklare Haltung unserer Vertreter zu den Zentralverhandlungen prägt sich in den unterschiedlichen Forderungen, die im Tarifauschuss erhoben werden. (Widerstand) Widerstand und Zurück: „Das ist lediglich in den Verhandlungen der Fall!“ Namentlich die Vergleichsvorschläge Schliebs' erwecken in der Gehilfenchaft Enttäuschung. Die Tarifauschussmitglieder haben der tatsächlichen Notlage nicht genügend Rechnung getragen. (Widerstand.) Breite Kollegenkreise haben jedenfalls immer empfunden, daß das Erreichte unvollkommen war. Bei Verhandlungen mit dem Kapital wird nie etwas Positives herausgesprungen. Wer die Psyche der Kapitalisten kennt, wird zugeben, daß eine Menschenklasse, die nur auf den Profit bedacht ist, kein Entgegenkommen beweisen kann. Wilde Bewegungen sind dieser Tatsache gegenüber verständlich, obgleich auch wir sie verurteilen. Soll es anders werden, dann müssen andere Mittel seitens der Organisation zur Anwendung gelangen. Der Brief des Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins an den Verbandsvorstand ist der beste Beweis dafür, daß auf Prinzipalsseite kein Interesse mehr an der Tarifgemeinschaft besteht, weil man sich keinen Nutzen mehr davon verspricht. Deshalb ist es notwendig, daß auch wir die Tarifgemeinschaft über Bord werfen und uns auf eine starke Organisation stützen. Diese kann nicht der Berufsverband, sondern muß der Industrieverband sein. Es ist besser, wenn alle Arbeiter eines Betriebs in einer Organisation sind. Zwar fordern auch die auf dem Boden des Verbandsvorstandes stehenden den Industrieverband, aber nur auf dem Wege der Entwicklung. Der Graphische Bund entspricht untern Anforderungen nicht; er hat nichts gefestigt für die Schaffung der geschlossenen Pöbalanz gegenüber den Unternehmern. Nur dadurch vermögen wir ihnen die Stirn zu bieten. Dazu aber fehlt es an Mut, weil das Interesse an der Aufrechterhaltung des Gewerbes hemmend wirkt. Auch der „Korr.“ trägt Schuld daran, daß es nicht besser vorwärts geht. Solange es die Redaktion nicht versteht, die Mitglieder in einheitlichem Geiste zu erziehen, so lange fehlt die Grundlage. Das springende Moment liegt in der Frage Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf. Der Brief des DVB gibt zu denken. Die Tarifgemeinschaft ist den Prinzipalen nur so lange angenehm, als sie ihnen Nutzen verspricht. Wenn mit dem Tarifgemeinschaftssystem nicht gebrochen wird, sind Rückschlüsse auf die Organisation unvermeidlich. Das empfinden wir alle. Die Verhältnisse müssen durch die Kraft der Organisation gebessert werden. Nicht ein einziges Mal ist der Versuch gemacht worden, die Meinung der Mitglieder über die Tarifgemeinschaft zu ergründen durch Urabstimmung. (Zuruf: „Da wirst du dein blaues Wunder erleben!“) Eine Organisation wie die unfrische muß die Kraft anbringen, ihren Mitgliedern das zum Leben Notwendige zu beschaffen. Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse drängen mehr als je zur Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Diesem Kampfe werden auch wir nicht aus dem Wege gehen. Das besetzte Zurückgehen der Opposition hat andre Ursachen als man hier annimmt. Mundradikale hat es immer gegeben. Die Berliner Opposition hat stets ihren Mann gefunden. Wollen wir nicht, daß die Organisation zurückgeht, dann darf keine Arbeitsgemeinschafts- und Tarifgemeinschaftspolitik mehr getrieben werden. Es ist eine erteuliche Tatsache, daß selbst ehemalige Gelbe zur richtigen Erkenntnis gekommen sind. Durch „Korr.“ Artikel, wie „Die Prätorianergarde der Reaktion“ wird allerdings keine gewerkschaftliche Erziehungsarbeit geleistet. Die angekündigte Antwort der Redaktion ist bis heute ausgeblieben. Die betriebliche Reorganisation von Mitgliedern muß fortfallen. Auch die Opposition verlangt Meinungs- und Pressefreiheit. Mit der Festlegung des 11. Juli als Verhandlungstermin der nächsten Tarifauschussverhandlungen sind auch viele Provinzkollegen nicht einverstanden. Höchstens dann, wenn eine Nachzahlung in entbehrlicher Höhe ab 1. Juli erfolgt. Die fortgesetzt steigende Not ist es verständlich erkennen, wenn die Kollegenchaft zu Sonderratsungen getrieben wird. Wo bleibt der DVB, wenn unter diese Kraft nicht ausreicht, um zu einer Besserung zu gelangen? Nieder mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik oder heraus aus dem DVB. Wenn die bisherige Politik noch weiterhin betrieben wird, wohin man, wohin es führt. Der DVB muß seine Kraft einsetzen, um bessere Verhältnisse zu schaffen, zu einer andern Regierung zu gelangen. Besser als die russischen

werden die deutschen Arbeiter in der Lage sein, ihre Macht auszunützen zur Beseitigung des heutigen Lohnsystems. (Beifall.)  
Vorliegender Krauß gibt hierauf Kenntnis von folgendem Telegramm aus Berlin:  
Die heutige Generalversammlung der Berliner Buchdrucker ermahnt von der Verbandsgeneralversammlung Empfindlichkeit und materielle Unterstützung in ihrem Kampfe, dessen Erfolg für die deutsche Kollegenchaft ausschlaggebend ist. Gauvorstand, Mallini.  
Er schlägt vor, gemäß dem in der Vormittagsitzung gehaltenen Beschlusse, bei Behandlung des dritten Tagesordnungspunktes „Stellungnahme zur Lage auf dem Tarifgebiete“ und nach Eintreffen der noch fehlenden Berliner Delegierten auch den Inhalt des Telegramms mit in Betrachtung zu ziehen. Das gleiche wird gefahren mit einer auf den Berliner Konflikt bezüglichen Entschließung von Hesse und Genossen.  
Dagegen macht sich auf verschiedenen Seiten Widerspruch geltend; aber schließlich wird doch so wie vorgeschlagen entschieden.  
Gewünscht wird ferner, für die durch den Konflikt wahrscheinlich dauernd verändernden maßgebenden Berliner Delegierten die Ersatzleute nach Leipzig zu berufen. Das wird vom Bureau zur Kenntnis genommen. Dann erfolgt Verlesung.  
Der Begrüßungskommers  
Aber allem Meinungsstreit aber hat es niemals an einer Basis gefehlt, die breit genug war, die Leipziger Kollegen einander wieder näherzubringen. Namentlich größeren kollegialen Veranstaltungen merkte man es noch immer an, daß sie der Ausdruck eines einheitslichen Geistes waren, eines festlichen Organismus von innerer Triebkraft.  
So schreiben wir in unsrer der Generalversammlung gewidmeten Nummer, ohne daran zu denken, daß bereits der Begrüßungskommers zu Ehren der Delegierten am Montagabend unter Auslassung so reiflos befalligen würde. Alles was an diesem Abend den Gästen von der Leipziger Kollegenchaft geboten wurde, war getragen von jenem Geiste, den eben nur das Gefühl brüderlicher Zusammengehörigkeit hervorbringen vermag.  
Die Reihenfolge der Darbietungen wurde vom Gustav-Schlies-Orchester mit dem Hochzeitsmarsch aus dem „Sommernachtsraum“ in ausgezeichnete Wiedergabe eingeleitet, dem später andre, mit gleicher Ehrlichkeit vorgefragene klassische Musikstücke folgten. Dann trat die „Regimentskapelle der Leipziger Kollegenchaft“, der Gesangsverein „Gulenberg“, auf den Plan. Was seine zweihundertköpfige Sängerchor unter der Direktion ihres langjährigen verdienten Chormeisters Alfred Schwicherl bot, war schlechthin als vollkommen zu bezeichnen. Wie ein Sturmwind brauste der ihmmanische Eröffnungssong in mächtigen Akkorden dahin:  
Die ihr auf harter Erde bauet,  
den Höhen fern und fern dem Licht,  
hört hin, wie rings ein Sturmwind braust,  
der alles Morsche mindet und bricht!  
Als weitere große Chorwerke reichten sich an „Am Bergstrom“ von Köllner und „Rudolf von Werbenberg“ von Segar. Den Höhepunkt in Ausübung und Originalität des in gelunglicher Beziehung Gebotenen bildete unstreitig die allen Musikfreunden bekannte Ouvertüre zu „Mäster und Bauer“ von Suppe, für Männerchor und Orchester bearbeitet. Stürmischer Beifall quittierte für die gegebenen Leistungen unserer Kollegenänger, an die im Laufe der Tagung der Generalversammlung in kollegialer Hinsicht noch mancherlei Anforderungen gestellt werden dürften.  
Eine einzigartige Abwechslung brachte sodann das Auftreten der Zöglinge der Bundeschule des Arbeiterturn- und Sportbundes in das Programm. Der Vorsitzende dieses Bundes, Karl Geller, führte die Anwesenden zunächst in einer von Begelung für die Arbeiterturnfrage und für die körperliche Erziehung der Arbeiterjugend getragenen Rede die Bestrebungen des Arbeiterturn- und Sportbundes vor Augen. Dabei würdigte er die für die gesamte Gewerkschaftsbewegung vorbildlich gewordene Organisationsarbeit der Buchdrucker und legte dabei den Delegierten ans Herz, nicht bloß der geistigen Reife der Arbeiterchaft, sondern auch der Körperpflege, insbesondere der Jugend, die Beachtung zu schenken, die sie verdient. Nur in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist! Für die fehlende Festrede auf dem Begrüßungskommers boten diese Ausführungen einen vollwertigen Ersatz. Besser hätte niemand das gemeindliche Wirken der Buchdrucker für die gesamte Arbeiterbewegung würdigen können, als es hier von einem Solgarbeiter geschah in seiner Eigenschaft als Vertreter der edlen Arbeiterturn- und Sportkräfte. Dann führten die Zöglinge einiger Klassen der Bundeschule zunächst drei Volkstänze vor, die in ihrer natürlichen Anmut die Herzen aller Kommersteilnehmer fröhlich machten. Das bewies der nicht endenwollende Beifall, der sich noch steigerte nach den vorzüglichen Darbietungen einer Gruppe junger Turnerinnen, deren schöne Gestalten den Nutzen körperlicher Bewegungsspiele und Körperpflege für die Jugend offenbar werden ließen.  
Ein dann beginnender heiterer Teil brachte in ungezähliger Folge Darbietungen verschiedener Art, die zum Teil zweckvollere schillernde Wirkungen auslösten. Kollege Mikrotso, ein bekannter Interpret der Leipziger Mundart und „Gemüthlichkeit“, hatte ein sehr klügelvolles Kommerslied gesprochen, worin er in sprudelnder Laune und mit feiner Satire Leid und Freud der vielgeplagten, aber dennoch den Humor nicht ganz verlierenden Buchdruckergelegen schilderte.  
Erl gegen Mitternacht erreichte der in allen Zeilen prächtig verlaufene Begrüßungskommers sein Ende. Als

Kollege Otto Gerßne, der dienstfertige Vorsitzende des Festausschusses, in herzlichen Worten die Gäste der Leipziger Kollegen verabschiedete mit dem Wunsche, daß die gemeinsam verlebten frohen Stunden das Band der Organisation gefestigt haben mögen, das alle umschlingt, da machte sich das Gefühl der Dankbarkeit für das von der Leipziger Kollegenchaft Gebotene in spontanem Beifall Luft.  
Alles Eintrübnis ist unseres Lebens Stundengeld, die Abwechslung aber ist sein Glücksspiel. Nicht im einzelnen Ton, sondern in der Harmonie aller Töne liegt der Reiz der Melodie, die Freude des Lebens!  
Zweiter Verhandlungstag (4. Juli)  
Vormittagsitzung  
Der Beginn der heutigen Sitzung, in der die Diskussion über den Vorstandsbereich fortgesetzt wird, ist schon auf 8 Uhr angelegt.  
Krauß hat den Vorsitz. Es sind zwei neue Anträge eingegangen. Der eine will die Hinzuziehung von Stellvertretern aus Berlin, da verschiedene Berliner Delegierte noch in Berlin durch den Konflikt festgehalten sind. Der Vorsitzende erklärt das als unmöglich, da ja die ordnungsgemäß gewählten Berliner Vertreter eben wegen der drückenden Vorgänge noch nicht anwesend sein können. Der gemachte Vorschlag läuft darauf hinaus, den bestreuten Berliner Delegierten ihr Mandat abzurufen. Das Ganze ist doch eine Berliner Sache.  
Hierat widerspricht diesem Standpunkt und betont die Notwendigkeit des gestellten Antrags für die Generalversammlung des Verbandes.  
Die Generalversammlung erklärt sich jedoch mit dem Standpunkte des Vorsitzenden einverstanden, womit der Antrag erledigt ist.  
Krauß gibt dann den Antrag Hesse—Hierat bekannt, die Berliner Angelegenheit solle sogleich besonders behandelt werden sowie Zueignung der Berliner Forderungen für die Gesamtgehilfenchaft.  
Sporn spricht für den Antrag. Die Berliner Bewegung greift ja schon auf Leipzig über, wie man inoffiziell hören kann.  
Seib erklärt dazu, die Generalversammlung wünscht gewiß den Berliner Kollegen Erfolg, sie kann sich aber nicht wie Sporn von Gehilfenpolitik leisten lassen. Gestern haben neue Verhandlungen stattgefunden, es ist aber darüber noch nichts nach Leipzig gedrungen. Das einzig Richtige ist, dem Antrage jetzt nicht stattzugeben, sondern abzuwarten. In Berlin gehen noch andre wichtige Dinge vor sich. Die politische Notlage habe nun auch zu einem Überfall auf den bekannten Schriftsteller Maximilian Harden geführt. Die U.S.P. steht im Begriffe, in die Regierung einzutreten. Das alles kann zu neuen Situationen führen. Der Verbandsvorstand kann doch übrigens nur die Verbandspolitik verfolgen, die 1920 in Nürnberg festgelegt worden ist. Der Verbandsvorstand kann also nur geradlinig handeln.  
Pflingsten bemerkt zur Geschäftsordnung, die Generalversammlung kann gar nicht dem Antrage stattgeben und beantragt deshalb Abergang zur Tagesordnung. Die Generalversammlung soll es nicht zulassen, daß ihre Arbeit von der Opposition sabotiert wird, wie gestern begonnen und heute ansetzend fortgesetzt werden soll.  
Sporn wendet sich gegen den Antrag auf Abergang zur Tagesordnung, da ein Antrag auf Vornahme namentlicher Abstimmung zur Einreichung gelangt.  
Polchmann protestiert gegen die Unterstellung von Pflingsten, daß die Opposition die Verhandlungen sabotieren will. Die Generalversammlung kann doch nicht noch einen zweiten Tag über die Berliner Angelegenheit hingehen lassen.  
Aber den Antrag Pflingsten wird sodann mit der vom Vorsitzenden Krauß ihm gegebenen Betonung, in diesem Augenblicke könne dem Antrage Hesse—Hierat nicht stattgegeben werden, abgelehnt. Das Ergebnis wird angezweifelt. Nachmalige Abstimmung stellt unzweifelhaft Mehrheit für Annahme des Antrags Pflingsten fest.  
Adolf Baufeld wünscht hierauf, etwas über die gestern Abend mit der Prinzipalsleitung in Leipzig gepflogene Aussprache zu vernehmen.  
Seib antwortet, unter dem Punkte „Tarifliches“ sollte eigentlich in geschlossener Sitzung darüber verhandelt werden. Deshalb will er hier nur sagen, daß die Prinzipalsleitung sich nach Verlegung der ganzen Verhältnisse bereit erklärt habe, das am 11. Juli zu treffende neue Lohnabkommen gleich für die nächste Woche gelten zu lassen. Wegen des gestern erwähnten eigenartigen Schreibens des Deutschen Buchdruckervereins ist auch eingehend gesprochen worden. Die Prinzipalsleitung hat anerkannt, daß dieses Schreiben in der Eile keine glückliche Form erhalten hat. Es handelt sich nicht darum, wieder Haftbestimmungen nach Art der im Organisationsvertrage 1906 abgeschlossenen einzuführen, sondern um den tatsächlichen Ablauf eines Tarifs von Organisation zu Organisation. Später soll dessen Verbindlichkeitserklärung stattfinden. Bis zum 1. Oktober sollen beide Teile ihre Anträge stellen.  
Nunmehr wird die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes fortgesetzt.  
Fiedler (Berlin) betont unter vielfacher Zustimmung, das Akzent auf Harden gestern muß der Arbeiterchaft von neuem eine ernste Mahnung zur Einheit sein. Die Vorgänge in Berlin jetzt bei uns sind ein deutlicher Beweis für die in der Gehilfenchaft herrschende außerordentliche Mißstimmung. In der Provinz ist es aber auch nicht anders. Die Opposition ist daher keine künstliche Sache, sondern sie entspricht einer Notwendigkeit, ist der Ausdruck für schlechte Verhältnisse. Wenn man Opposition

Am jeden Preis freiben will, dann würde die Opposition allerdings zu einem Fremdkörper in der Organisation werden (Sehr gut!). Die Opposition war gezwungen, sich auf den politischen Boden der USG, zu stellen. Mit ihrem Organ steht es ebenso. Die Opposition darf man nicht unterschätzen, nicht etwa nach der Delegiertenverteilung auf der Generalversammlung hier bewerten. Sie wollen nicht unter allen Umständen Kritik an der Tätigkeit des Verbandsvorstandes üben. Er habe ja unlängst in einer Berliner Generalversammlung erklärt, es könne von ihnen jeht auch heiner anders machen. (Hörl Hörl!) Wenn die persönliche Einstellung aber eine andre ist, dann wäre manches doch anders und besser zu machen sein. Mit Kritik kann einer Sache mehr geholfen werden, als wenn immer mit der Meinung zurückgehalten wird. Man muß seine Freude haben über die gesamte gewerkschaftliche Entwicklung in den letzten zwei Jahren; was graphischen Gewerbe kann das speziell gesagt werden. Es ist aber notwendig, daß man sich gegenseitig noch besser verstehen lernt, und daß Unbilligkeit gegen andre Meinungen größer wird. Erschütterungen aus inneren Konflikten müssen von den Gewerkschaften entschieden ferngehalten werden. Wehe dem, der sich, wenn er auch auf dem Boden der Opposition steht, dessen nicht bewußt ist! Inre Organisationsleitung hat bisher klug operiert. Den Stürmern und Drängern von links muß ein fester, klarer Standpunkt entgegengekehrt werden, nicht minder heißt es aber auch, dem Drängen von rechts Fall zu bieten. Meinungsbeschränkungen sind deshalb nicht erforderlich. In unklarem Verbandsbrauchen wir ja nicht Erweise von Links zu befürchten, wie sie sich neulich in Leipzig auf einer Tagung ereigneten. Redner verliest Johann einen Artikel aus der „Rollen Fahne“, der entschiedene Abpflückerungen bekämpft. Die Kommunisten mit ihrem Programm können eben auch nicht mehr erreichen, wenn nicht dahinter reale Macht steht. Auf der rechten Seite aber sollte man sich mehr Reserve auferlegen; nicht aber in Fanatismus auf die Opposition loszuschlagen. Die Opposition ist doch nur das Sprachrohr der Unzufriedenheit (Zustimmung). In untern Verbände kann es so, wie z. B. beim Gewerkschaftskongress, mit den Wahlen nicht weitergehen. Er ist nicht für einen Beirat in untrer Organisation; die Einrichtung der Gewerkschaftskongress genügt. Aber es muß allen Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden, bei Delegationsen des Verbandes mitzusprechen. Wohl ist es richtig, daß von dem Streite in den politischen Parteien viele Kollegen angeekelt sind, aber deswegen braucht doch nicht in untrer Organisation Interesslosigkeit zu herrschen. Es ist ein Jammer, wie schwer jeht in den Druckereien Kollegen zu Amtern zu haben sind (Zustimmung). Die Urliche dafür ist in erster Linie in den wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Er hat nicht die hohe Meinung von der Tarifgemeinschaft, wie sie gestern Geht geäußert hat. Von dieser „Ordnung“ im Gewerbe geht zuviel auf Kosten der Gehilfenchaft. Die Bezahlung muß bei uns eine ganz andre sein; so ist wirkliche Ordnung zu schaffen. Es ist doch bedauerlich, daß die Prinzipale in Berlin es so weit haben kommen lassen. Ueber soll heute gekämpft werden als später, wo vielleicht dem Kampfe ausgewichen werden muß. Aus materiellen wie aus ideellen Gründen ist die Opposition Gegner der Tarifgemeinschaft. Die Kollegenschaft erwartet zuviel von der Tarifgemeinschaft und rührt sich nicht selbst genug. Die Tarifgemeinschaft hat doch auf dem Lohngebiete vollständig versagt. Er und seine Freunde stehen auf dem Boden zentraler Abmachungen, jedoch müßten Wirtschaftsgebiete eingeteilt werden, um den Besonderheiten zu genügen. Was verdient der Buchdrucker an realem Lohn jeht und was hatte er 1914? Warum die Stoffelungen im Tarife? Warum geringere Bezahlung für die Neuausgelernten, nachdem sie vier Jahre ausgebildet sind? Warum der Unterschied zwischen Verbetrateten und Ledigen? Kollege Geht hat schon in Nürnberg 1920 hervorgehoben, daß wir manchen Erfolg gar nicht durch die Tarifgemeinschaft, sondern durch den Schlichtungsausschuß erreicht haben. Wenn nun gesagt wird, wie soll es denn besser gemacht werden, so erkläre er, die Gewerkschaften müssen sich völlig auf den Boden des Klassenkampfes stellen; das ist seiner Meinung nach der einzig richtige Weg. Der Brief gestern von der Prinzipaleitung hat doch klar gezeigt, was man sich auf dieser Seite noch gegen die Gehilfenchaft zu leisten getraut. In Berlin ist manche unangenehme Erfahrung mit den Sparten gemacht worden. Die Betriebsräte sind schon mehrmals dagegen aufgetreten, daß einzelne Gruppen Vorteile für sich heraushehlen. Die verschiedenen Sparten haben sich von ihren eigentlichen Zielen und Aufgaben entfernt. Die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage ist es aber auch hier, die dazu treibt. Deshalb ist der Organisation viel Schuld an den Spartenübergreifen beizumessen. Vom Graphischen Industrieverband erhofft er auf dem Lohngebiete nichts. Der Graphische Bund ist jedoch ganz ungenügend. Wer hat denn schon einmal etwas von dem Graphischen Starfell in Berlin gehört? Der Gewerkschaftskongress hat zum Glück dafür gesorgt, daß wir in den Graphischen Industrieverband hineingehoben werden; von Hineinwachen, wie man immer sagt, kann nun keine Rede mehr sein. Die Prinzipale versuchen wieder zu längeren Abpflückerungen; diesmal sechs Wochen, nächstens länger. Der „Korr.“ darf nicht forsahren, oppositionelle Artikelhändler über im Briefkasten zu abjutun. Das Verbandsorgan plädiert noch zu sehr für die Arbeitsgemeinschaften. Die Redaktion darf die Zeit nicht verschlafen. In seinen eignen Kollegenkreisen besteht die Meinung, daß der „Korr.“ ein gutes Mittel für Leute ist, die an Schlaflosigkeit leiden. (Rachen und Widerspruch.) Wie der „Korr.“ über den Teil der Gewerkschaftskongress berichtet hat, der sich mit der künftigen Behandlung der Opposition befaßt, daran war deutlich zu merken, wie zuzugend ihm diese Stellung-

nahme gewesen ist. Die Fraktionsbildung im Verband und in den Gewerkschaften bedauere er selbst sehr, aber in den Großstädten geht das jeht nicht anders. Da man die Opposition nicht unterdrücken kann, will man nun gegen die von ihr herausgegebenen Blätter vorgehen. In Berlin ist doch die Opposition geradezu gestützt worden. Wenn wir uns wieder mehr verliehen, wird ja manches wieder anders. Bei den Berliner Buchbindern liegen die Dinge ganz merkwürdig, da hat die rechte Seite ein eigenes Organ. Das ist wohl etwas anders? Der letzte Rest von Idealismus ist noch in der Opposition zu finden (grober Widerspruch), deshalb darf diese Quelle nicht verstopft werden. Geht hat bekanntlich in Nürnberg erklärt, mit Unterdrückungen ist noch niemals eine Bewegung aufgehalten worden. Danach sollte weiter gehandelt werden. Nicht gegeneinander, sondern miteinander, so nur kann der Organisation wirklich gedient werden. (Lebhafter Beifall bei einem Teile der Generalversammlung.) Pro: Die beiden Oppositionsredner heute und gestern sind gewiß sehr unternehmlich gewesen. Von Fiedler sei er recht angenehm überrascht. In diesem ist ihm belustigend. In seinem eignen Kreise scheint Fiedler mit solchen Ansichten jedoch noch nicht durchzugehen. Engelmeier dagegen hat gestern ganz oberflächlich gesprochen. (Zustimmung.) Die Ablehnung der Einladungen an die oppositionellen Auslandsorganisationen ist gut zu nennen; vielleicht hätten wir uns bei denen einen Korb geholt, da sie doch mit den „Amsterdamer“ nichts zu tun haben wollen. Was Engelmeier gestern für Ansichten offenbarte, ist fanatisch naiv zu nennen. Er hat es sogar jetzt gebracht, Kollegen mit vielen Kindern Dummköpfe zu nennen. Wir wollen diesen bedrängten Kollegen mit Familienzulagen oder sonstwie helfen, Engelmeier aber bietet ihnen Steine statt Brot. Die Entschlebung von Seele und Genossen gegen den Kollegen Schlebs muß bekämpft werden, da sie Schlebs unrecht tut. Ähnlich liegt es mit der Resolution von gleicher Seite zum Vorstandsbericht; auch sie ist ungerecht. Wie mitunter ganz spontan die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und der Gehilfenvertretung anerkannt wird, hat sich bei den großen Tarifverhandlungen im Herbst 1920 gezeigt, als ein Maschinenlehreperle vor der gesamten Gehilfenvertretung dem Verbandsvorstande große Anerkennung aus sprach über die Wahrnehmung der Gehilfeninteressen. So manches scharfe Prinzipalsurteil gegen die Gehilfenfachwörter ist auch als Anerkennung für den Verbandsvorstand zu buchen. Gewisse Briefhaltensformen im „Korr.“ können doch keinen Anlaß geben zur Gründung von Oppositionsblättern. Er könnte manches Urteil anführen, wie oppositionelle Artikel im „Korr.“ draußen aufgenommen werden. Der „Korr.“ hält seiner Meinung nach gut die Mitte ein. Die Probleme untrer Zeit sind nicht in zwei oder drei Jahren zu messern. (Sehr richtig.) Was müssen doch auch die verstehen, die meinen, alles besser zu wissen und Karl Marx in Erbpacht zu haben. Wir müßten zu einer Regelung wie die Tarifgemeinschaft in untern Gewerbe kommen. Wenn die Unternehmerrichtatur befestigt ist, die Bekehrigung und andre Abstände auch, so ist das doch zum Vorteile für uns! Oder haben wir etwa keine geregelten Zustände? Man lese doch einmal, was die Prinzipalsopposition sagt; da heißt es auch: Fort mit der Tarifgemeinschaft! Haben wir nicht viel in den letzten Jahren in Deutschland erreicht? Da sind nun die Kommunisten dabei, Regierungen wie die in Thüringen wieder zu führen. Die Stimmung der Arbeiterschaft wird durch solche Vorgänge noch mehr herabgedrückt. Die Kollegen Gabben und Seele haben ja in Thüringen eigenartige Erfahrungen mit Verammlungen machen können, in denen sie sprachen. Die Kollegen sagen sich eben: Was die uns erzählen wollen, so geht es erst recht nicht. Größerer Reformismus und Opportunismus wie jeht in Aufstand und doch gar nicht denkbar. Wenn Letzter in Genua den italienischen König so angehimmt hätte wie Schlichterin, dann hätte es etwas gegeben. (Heilige Protestrufe bei den Kommunisten.) Redner zeigt eine Anzahl von Widersprüchen zwischen kommunistischer Theorie und kommunistischer Praxis auf. Begreifen denn die Kollegen von der USG, nicht, was sich für sie ergibt, wenn ihre Partei nun doch in die Koalitionsregierung eintritt? Fiedler hat allerdings schon gute Anwendungen in seinen Ausführungen vorhin durchblicken lassen. Was ist geworden aus Böhlers Probezeitung in Nürnberg 1920, daß die Kapitalisten in ein paar Monaten abtreten könnten? Wie hätte unser Verbandsvorstand alles ganz anders machen sollen, da es doch ganz anders gekommen ist, wie es die Radikalisten sich vorgestellt haben? Der Verbandsvorstand hat vielmehr ganz richtig gehandelt, wie gefehlen. Redner reißt hierauf eine gegenläufige Resolution zum Vorstandsbericht ein, wie sie bereits vorliegt. Wenn mitunter schon ganz vernünftige Anschauungen von Kommunisten zu vernehmen sind, dann muß man dabei nur bedauern, daß diese Erkenntnis erst Laufende von Leuten geholt hat. Wir Gehilfen bilden eine Machtposition im Gewerbe. Von den Gewerkschaften im allgemeinen spricht man doch schon als von einer Notenregierung. Das muß wohl gewürdigt werden. Es leben die freien Gewerkschaften, es lebe der Verband der Deutschen Buchdrucker! (Lebhafter Beifall bei dem andern Teile der Generalversammlung.) Martens: Die beiden Oppositionsredner haben sich immer noch an den Geschäftsbericht des Vorstandes in ihren Ausführungen gehalten. Das ist aber von dem Kollegen Pro sehr wenig gesehen und sehr bedauerlich. So darf nicht weiter verfahren werden. Es wollen noch viele Redner, namentlich aus der Provinz, zum Worte kommen. Krauß: Was sich die Opposition in Nürnberg an Ablebungen gekleidet hat, ist viel schlimmer gewesen als jeht der Pro. Mehr Zufälligkeit, dann geht es schon. Kotte bringt hierauf eine Entschlebung zu dem Vizepräsidenten auf Maximilian Harden ein und fordert Harden außer-

ordentlich. Krauß erklärt, in der Form von Kotte geht das nicht; die Taf selbst wird die Generalversammlung ohne weiteres verurteilen. Kille hält Kotte vor, wie Bebel auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1903 über Harden geurteilt hat. Kotte ist zu einem psychologischen Rätsel geworden. Krauß empfiehlt Kotte, seine Resolution zurückzugeben. Dieser lehnt das ab. In der Abstimmung ergibt sich dann nur eine Stimme für die Resolution Kotte. (Große Heftigkeit.) Gabben erklärt zudem noch, daß Kotte nicht ihre Zustimmung zu dieser Resolution baite. Eine Anregung von Achermann und Genossen wünscht nunmehr, daß vornehmlich Provinzdelegierte zum Vorstandsberichte sprechen. Der Antrag wird jedoch wieder zurückgezogen. Eingekalltet wird der Bericht der Mandatsprüfungs-kommission, für die Rump spricht. Wegen der britischen Bewegung in Berlin sind immer noch fünf Berliner Delegierte dort festgehalten. Zwei Proteste sind eingelaufen. Ein einzelner Kollege in Hannover lehnt die Wahl der Delegierten aus Hannover an, weil man dort bei der Auflösung der Kandidaten sich nicht daran gehalten hat, was in einer Versammlung vorher zum Ausdruck gekommen war, nämlich in erster Linie noch Kollegen im Verste zu wählen. Die Mandatsprüfungskommission hat festgesetzt, daß in Hannover ordnungsgemäß gewählt ist; die Angestellten sind nicht mindern Rechtes. Der zweite Protest liegt vom Bezirk Kassel vor, der gänzlich ausgeschlossen ist. Es wird dies von Kassel darauf zurückgeführt, daß die Opposition unbefugt die Vorstehenden von Offenbach und Gleisen auf ihre Liste bzw. Flugblätter gesetzt hat und so die Kollegen im Gau täuschle. Die Mandatsprüfungskommission hat aber festgestellt, daß von einer Opposition im gebräuchlichen Sinne hier nicht gesprochen werden kann; es sind alle Richtungen dabei vertreten. Sie empfiehlt also, den Protest von Kassel auf sich beruhen zu lassen und alle 152 Mandate anzuerkennen. Eine von ihr vorgelegte Resolution, die Vorkommissionen wie von Kassel aus vorzubereiten und überhaupt das Listen- und Flugblattwesen bei Wahlen im Verbandsverurteilt, findet durch Gabben und Engelmeier Bekämpfung. Vorsitzender Krauß meint, die Kommission wolle damit wohl einen Appell an die Ver-nunft richten. Das nimmt die Generalversammlung zur Kenntnis; weiteres eribrigt sich. Hierath meint, es sei schwer, Pro zu antworten und doch beim Geschäftsberichte zu bleiben. Er protestiert dagegen, daß bei ihnen ein geistiges Manito vorhanden sein soll. Pro stellt ja alles auf den Kopf, wie er die von ihnen eingebrachte Resolution in Sachen Verbandsvorstand und Schlebs beurteilt. Die ungelerten Arbeiter leben doch noch vor den Buchdruckern mit ihrem Lohne. Vom Lebensstandard der Vorkriegszeit kann gar keine Rede sein. In welcher Welt hat denn der Verbandsvorstand und der USG, die Inflation ergriffen, die Buchdrucker in die allgemeine Kampffront einzureihen? Wo ist denn der Verbandsvorstand mit Stellungnahmen bei allen brennenden Fragen und Vorgängen zu finden? Der Verbandsvorstand hat wie die reine Verwaltungsmaschine gearbeitet und die Tarifgemeinschaft immer in den Vordergrund treten lassen. Der Kollege Schlebs in allen Ehren, die Führung mit der Kollegenschaft hat er aber völlig verloren. Wie oft ist Schlebs bei Verhandlungen schon den Gehilfenvertretern in die Quere gefahren! Seine Vermittlerrolle ist häufig zum Nachteil der Gehilfen ausgefallen. Was wir in untrer Resolution über die Tätigkeit von Schlebs aussprechen, nicht über seine Person, ist die Auffassung vieler Kollegen im Reich. Wenn Pro dem „Korr.“ ein Lob ausstelte, so muß er sagen, die Schreibweise untrer Organs ist manchmal hanebüchen. Darauf wird noch später zu kommen sein. Wer hat denn verhindert, daß die Arbeiterschaft dem Kapital gehörig an den Fragen geht? Ihr von der Rechte! (Welscher.) Krauß begrüßt den nunmehr erscheinenden Vertreter des Rates der Stadt Leipzig. Seite: Wenn von anderer Seite das gefragt worden wäre wie von Pro, dann hätte die Verhandlungsleitung den Redner einfach abgeriegelt. Anstand ist auch jeht noch der schärfste Gegner des Kapitalismus. Pro reicht an die theoretischen Begründer des Kommunismus nicht heran. Wenn nochmals so gesprochen wird wie von Pro, dann werde er die Irreführer der Gewerkschaften einmal autrollen. (Viele Ohnrufe.) In Böhmen habe er etwas anders gesagt, als Pro behauptet. Wenn die Masse den Kampf will, dann müßten eben die Bedenken in den Hintergrund treten. Geht, die ganze Arbeiterschaft leidet jeht schwere Not, nicht allein wir Buchdrucker, aber wir haben doch eine günstige Konjunktur, warum wird sie nicht ausgenutzt? Auch wenn der Berliner Kampf auf die ganze Front ausgedehnt wird und erfolgreich ist, dann würden wir immer noch nicht zu den früheren Verhältnissen zurückgekehrt sein. Der Verbandsvorstand hängt mit allen Fasern noch an den alten Methoden fest. Wir aber müssen nach allem nur sagen: Schluß mit der Tarifgemeinschaft! Geht hat erklärt, wilde Streiks müßten unter allen Umständen vermieden werden. Das führt allerdings dazu, daß nicht über die Berliner Bewegung gesprochen werden darf. Vor lauter Vertragsstreue ist man imstande, die eignen Kollegen zu desavouieren. Es ist die Frage zu erwägen, wie die Organisation umgestaltet werden kann. Die Opposition wird niemals so zu kriegen sein! Schlichtner: Es kann doch wirklich aufgehört werden mit dieser politischen Diskussion. Die Großstädter wollen doch auch hören, wie es in der Provinz aussieht. Er ist mit manchem, was der „Korr.“ bringt, auch nicht einverstanden, für den endlich das Obligatorium eingeführt werden muß, aber so über die Schreibweise zu urteilen, wie vorhin vernommen, dazu liegt keine Verantwortung vor. Daß Pro so gesprochen, ist zu bedauern; das führt nicht zur Einheitsfront.

# Auf zur organisatorischen Kleinarbeit!

Wiel Zeit wird heute darauf verwendet, den Weg zu finden, der uns unserm Glanz führt. Viel wird der Spitze mit Recht in die Schuhe geschoben, manches mit Unrecht. Aber wie kommt es, daß das Land sich in dem Maße steigern konnte? In erster Linie sind es ja die Besitzer der ungeheuren Kraftwerke. Aber warum wird dies wieder nicht geändert? Das liegt an den Gewerkschaften, wird man sagen. Jawohl, das stimmt, aber die Gewerkschaften bilden wir doch. Mithin müssen wir doch unsere Pflicht nicht erfüllt haben.

Klassen wir einmal unsere Führer ein wenig beiseite und betrachten wir uns einmal selbst. Unsere soziale Lage hat es mit sich gebracht, daß die Revolution 1918 zum großen Teil zur Lohnbewegung wurde. Durch die darauf folgende Entspannung verfielen viele wieder in einen festen Schlaf. Nachdem nun der Morgen zu grauen scheint, haben unsere Schläfer den Zusammenhang verloren. Es muß nun gelagt werden, daß unsere Führer ohne die wachsame Gesellschafter absolut für uns nichts bedeuten. Machen wir doch einmal endlich auf. Worin besteht denn unsere Macht außer dem heute bald klumpen Schwerkstein des Streiks? Rückgrat zeigen bei jeder Gelegenheit. Jeder muß seinen Lebensgenossen fühlen wie ein Glied seines eigenen Körpers, nicht niedergeschlagen und hoffnungslos beiseiteschieben zum Schaden anderer und seiner selbst. Wir, die wir im Produktionsprozess stehen, welcher doch die Auswirkung dessen sein soll, was wir erfinden, müssen die Theorie in die Praxis umsetzen. Meine Ansicht ist nun die, daß gerade hier unsere Sache zupiel geschädigt wird durch Selbstzerfleischung. Selen wir doch aufrechte Menschen! Bedenken wir, wie das Unternehmertum wußt, um zum Ziele zu kommen: Mit Geschick und List. —

Die Konjunktur blüht und Überfluten werden verlangt. Wo werden hier die Arbeiterkategorie befragt? Dem Unternehmer muß hier gezeigt werden, daß wir uns durch Nachmittel nicht vertrieben lassen. Behalten wir unser Ziel fest im Auge. Die geringe Anschuldigung für die Arbeitsleistung bringt uns mit Todesherbeil doppelt Schaden. Der Unternehmer arbeitet mit aller Gewalt darankhin, uns durch niedrige Löhne, Schikanen und schäbe Verprügungen, die dann doch nicht gehalten werden, zur Untertunfähigkeit zu zwingen. Versuchen wir doch alle, dies zu begreifen und anderen begreiflich zu machen, dann haben wir auch die Kraft zu trohen. Der Unternehmer hat ja sonst wirklich keine Veranlassung, selbstgemähe Löhne zu zahlen. Die Unzulänglichkeit unserer Lage muß sich dem Urheber bemerkbar machen. Steuern wir also unsere Sorn nach der richtigen Seite. Was oft wird auch gerade in dieser Hinsicht den Betriebsräten ihre Pflicht erschwert zur Freude unserer Gegner, der damit wieder Unterstützung findet, den Betriebsrat an die Wand zu drücken.

Kollegen, wir können alles, wenn wir nur alle wollen. Über Idealismus ist notwendig, um unsere alle Werberkraft und unser Ziel zu erreichen. Kleiner darf sich auf den ändern verlassen, jeder muß helfen, jeder muß auf seinen Posten. Nicht nur die großen und kleinen Funktionäre beschützen. Wir können und dürfen unter Führer nicht alle über einen Kamm scheren. Bei jeder Wahl haben wir es in der Hand, die Leute an die Spitze zu stellen, die das Vertrauen der Mehrheit haben. Um diese Leute vorher kennen zu lernen, besuchen wir doch Versammlungen und lesen die Fachpresse. Also fort mit der Selbstzerfleischung und brüderlich Schulter an Schulter gekämpft. Wir gebären zusammen und werden getrennt nicht weiter kommen. Fehler lassen sich nicht ganz vermeiden.

Kollegen, seid wachsam — ringsum droht uns Gefahr. Ebe die Wellen über unsere Köpfe zusammenschlagen: Auf zur Kleinarbeit.  
Düsseldorf. Ka-Sa.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Die Tarifkommission bestehen zur Zeit in Ostpreußen noch in Bartenstein, Stallpönnen und Weisen. Jung nach diesen Orten hat zu unterbreiten. Bei Kandidatenausgaben aus Ostpreußen ist unbedingt bei den zuständigen Organisationsstellen erst anzufragen.

Berlin. Brandenburgischer Maschinenbauverein. In der Versammlung am 11. Juni teilte der stellvertretende Vorsitzende Stern mit, daß drei Spartenkollegen als Delegierte zur Leipziger Generalversammlung gewählt worden sind. Trotz guter Konjunktur läßt die Bezahlung der Maschinenbesitzer noch immer sehr zu wünschen übrig. Auch die letzte Lohnverbesserung kann keine Befriedigung auf Gebillensseite auslösen. Klagen die Prinzipale bei uns über die hohen Löhne, so zeigen sie dem Ausland, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen. So macht ein Berliner Verlag Werke nach England, in denen er darauf hinweist, daß er bereits 4000000 Bände nach fremden Ländern versenden konnte. Dies sei nur möglich durch die niedrigeren deutschen Löhne im Vergleich zu den englischen und amerikanischen Tariflöhnen. Die teuersten Arbeiter, die Maschinenbesitzer, erhielten im April 1922 nur 200 Mk. wöchentlich, das sei nicht einmal ein Pfund Sterling oder drei Dollar, während in London der Maschinenbesitzer 4 Pfd. 12 Schilling, 6 Pence und in New York ungefähr 39 Dollar 70 Cents erhalte. In einem Rundschreiben fordern die Prinzipale auf, die Namen derjenigen Arbeiter zu melden, die wegen Bleibehalt entlassen wurden; aber auch Verleihen, die im Verdacht des Diebstahls stehen. Protest muß gegen den letzten Abschluß dieser

Verbarung erhoben werden, der geeignet ist, Kollegen, die in solchen Verdacht geraten, bloßzustellen und zu schädigen. Scharf verurteilt wurde das Verhalten einiger Kollegen, die ein vertrauliches Zirkular der Zentralkommission ihrem Prinzipal anschlachten. Eine Anfrage im „Kämpfer“, in der Seher nationaler Gesinnung“ gesucht werden, erregte allgemeine Beherheit. Ihre Kollegialität bekräfteten unter Kollegen bei der Sammlung für einen inaktiven Kollegen; 445 Mk. wurden gesammelt. Guten Erfolg für die Organisation hatte unsere Wanderversammlung in Schwedt a. d. O. Sämtliche bisher unorganisierten Kollegen in Schwedt sind dem Verbande beigetreten. — Unter Sommerfest findet am 13. August statt. Nächste Versammlung am 6. August. Zur Aufnahme melden sich 28 Kollegen.

Berlin. (Korrespondenz.) In der Zusammenkunft ehrte man zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Georg Schull. Nach einigen Neuannahmen berichtete der Vorsitzende über die letzte Tarifauschussung und hob besonders hervor, daß wir auf den den Malchinern bewilligten Sonderzuschlag von 20 Mk. ebenfalls einen tariflichen Anspruch haben. Zur bevorstehenden Korrespondenzzusammenkunft in Leipzig wurden die Kollegen Reich, Stübinger, Volklinger und Schwarz vorgeschlagen. Nächste Versammlung am 16. Juli, abends 7 Uhr.

Bühl i. B. Unter Ortsverein beging am Pfingstsonntagabend anlässlich des 25. Oberberlinischen Gantags sein zwanzigjähriges Stiftungsfest. Nach einem schön gesprochenen Prolog und einer Feuertorrede der Stadtkapelle begrüßte der stellvertretende Vorsitzende Birib an Stelle des erkrankten Vorsitzenden die Festteilnehmer, besonders die Delegierten des Gantags und den Delegierten „Appographia“ Karlsruhe. Die „Appographia“ lang das Lied „Hell Outenberg“. Dann betrug unser Gauvorsitzer Lindenlaub das Rednerpult, um in längeren Ausführungen den Zweck und die Ziele unserer Organisation vor Augen zu führen. Des weiteren sprach er dem Ortsverein Bühl namens der Gantags die herzlichsten Glückwünsche zu dem zwanzigjährigen Stiftungsfest aus. Reicher Beifall belobte seine trefflichen Worte. Musikvorträge wechselten dann mit gesanglichen Darbietungen. Das Theaterstück „Der Kontrollzettel“ läßt oft wahre Nachhaken aus. Das Stück wurde flott gespielt; es gebührt hierfür den Spielern allen Dank. Nachdem das Festprogramm abgemacht war, kam auch das Tanzeln zu seinem Rechte. Zum Schluß sei allen denen, welche zur Verbönerung unserer Feiler beigetragen, herzlich gedankt; besonders der „Appographia“ Karlsruhe, die durch schöne Vorträge alle Zuhörer erfreute. — Kaum waren jedoch die Festesklänge von unserer Feiler verhallt, so standen wir an dem Grabe eines unserer besten und liebsten Kollegen, des Bruders Straub. Eine solche innere Krankheit hat ihn uns in der Blüte seiner Jahre, erst zweiundzwanzigjährig, entzissen. Derlei ist war, obwohl noch jung an Jahren, ein begabtes Mitglied unseres Verbandes, ein sehr talentvoller Buchdrucker und ein lebenswürdiger Kollege.

Duisburg. (Vierteljahrsbericht.) Im abgelassenen Vierteljahr fanden drei Mitgliederversammlungen statt. Am 25. April wurde nach Erledigung des geschäftlichen Teiles ein Antrag des Vorstandes auf Einführung einer Sterbefallumlage beschlossen. Da die Frage aber noch nicht genügend ventiliert wurde, sie verlag. Der Ortsbeirat wurde um 1 Mk. erhöht. — In der Versammlung am 20. Mai nahm der geschäftliche Teil, wie fast immer, einen breiten Raum in der Versammlung ein. Ein Abereinkommen der hiesigen Zeitungsverleger, keinen Wechsel der Gebillen (vorwiegend M.-G.) innerhalb Duisburgs zu dulden, entfiel eine lebhafteste Debatte. Der Vorsitzende beschuldigte die erregten Gemüter, indem er erklärte, daß er beim Gebillenskreisvertreter härtesten Protest gegen die Abmachung eingelegt habe. Aber die Frage der Bezahlung des Karfreitags herrschte in Prinzipalstößen Unklarheit. Obwohl beidseitig der Karfreitag als gesetzlicher Feiertag erklärt wurde, wählten sich einige Prinzipale, dies anzuerkennen. Eine Schiedsgerichtssitzung wird in Kürze Klarheit schaffen. Die folgenden Punkte betrafen Kassenbericht, Himmelfahrtsausflug und Sterbeumlage, die gutgeheißen, aber auf den ganzen Bezirk ausgedehnt werden soll. — Die Versammlung am 17. Juni brachte uns einen Vortrag von Professor Dr. Richter (Eilen) über „Selbstzerlegung und Welterbildung in Weltanschauungsfragen“. Dem volkstümlichen Gelehrten dankte die Versammlung ein aufmerklames Ohr und dankte durch reichen Beifall. Der Verbandsbeitrag wurde auf 20 Mk. abgerundet. Betreffs der Beschränkung der Freizügigkeit der hiesigen Kollegen durch die Verleger sind in kurzem eine Sitzung des hiesigen Tarifschiedsgerichts statt. Das Material dazu wurde nochmals einer eingehenden Prüfung unterzogen. Zur Ausarbeitung eventuell Antrag an den im September stattfindenden Gantag wurde eine Kommission gewählt. Als Kandidaten zum Gantag wurden die Kollegen Neßelbut, Galz und Meuris aufgestellt.

M. Düsseldorf. Am 17. Juni fand die Monatsversammlung statt, in der Schriftsteller Gerth Schreiner einen Vortrag über „Die Gewerkschaften und die kulturellen Aufgaben des Proletariats“ hielt, dem die Versammlung aufmerksam folgte und der eine sachliche Ausprache hervorrief. Graphisches Karzell und Betriebsrätegruppe wurden durch Bewilligung weiterer Mittel aktionsfähig erhalten. Das Johannistfest begehrt der Ortsverein am 16. Juli durch einen Familienausflug nach dem unweit gelegenen Orte Lingerum.

F. G. Ebersfeld. In der Bezirksversammlung vom 6. Mai wurde unter „Vereinsmitteilungen“ der Antrag gegen fünf Stimmen angenommen, daß die Bezirksver-

sammlungen in Zukunft wegen des hohen Kadrgeldes nur von 10 Proz. der Mitglieder befristet werden sollen. Den Kassenbericht erläuterte der Kassierer näher. Dann gab Kollege Karp einen Bericht über die Verhandlungen des Tarifauschusses in Berlin, woran sich eine lebhafteste Debatte schloß. — (Ortsvereinsversammlung vom 18. Juni.) Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten ging der Vorsitzende Weber auf das Lohnbuchkommen für Juni ein. Darüber ist schon berichtet worden. Der Antrag Ebersfeld, den Beirungen statt 10 Proz. 30 Proz. und 14 Tage Ferien zu gewähren, kann nicht an das Tarifamt gestellt werden, sondern werde nutzbringende Verwertung finden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten machte der Vorsitzende noch bekannt, daß vier Faktoren bzw. Obermaschinenmeister ihren Austritt erklärt hätten, die teilweise schon lange Verbandsmitglieder waren. Sodann wurden als Kandidaten für den Gantag vorgeschlagen die Kollegen: Weber, Peus, Milankit, Müllinger, Karp, Erich Becker, Engelhardt, Ebelien, Paul Kraus, Maub. Die auswärtigen Mitglieder sollten ihre Kandidaturen und Anträge bis zum 31. Juli an den Bezirksvorsitzenden mitteilen. Für Ebersfeld gelten die obigen Kandidaten als Kommission zur Ausarbeitung der Anträge zum Gantag.

Frankfurt a. M. (Schriftleiter.) Eingangs der Versammlung am 9. Juni ehrte man das Andenken zweier verstorbenen Kollegen. Unter „Tariflichem“ erluchte der Vorsitzende die Kollegen, sich eine bessere Tarifkenntnis anzueignen, dann käme es auch nicht vor, daß sich die Kollegen selbst schädigen. Sodann berichtete Kollege Lange über unsere Tarifamtstellung. Ob die Frage: „Was ist eine Schrift im Sinne des deutschen Schriftgießertarifs“, für uns nun zufriedenstellend gelöst ist, muß die Zukunft lehren; um aber überhaupt zu einem Resultat zu kommen, hätten die Gebillensvertreter dieser Berechnungsweise zugestimmt. Auch die Überuntersrage behandelte der Referent eingehend, dabei auf das Urteil vom 28. Juni 1921 hinweisend, wodurch die Verweigerung von Überstunden als tarifwidrig bezeichnet wurde. In der lebhaft geführten Diskussion war man mit dem Erreichten einverstanden. Es wurde wiederholt erklärt, daß man zu Überstunden bereit wäre, doch dürften sie, wie in mancher Gießerei, nicht zur Steben der Einrichtung werden. Sodann berichtete Kollege Lange noch über die Tarifauschussung und gab die Zahlen der Lohnverbesserung bekannt. Da die Sache bereits durch die Gebillensvertreter angenommen waren, stimmte auch die Versammlung den Abmachungen zu. Eine längere Debatte erregte die Akkordierung der Doppelmotoren sowie das Einstellen von Beirungen mit Schnurwärteln; äußern sich doch in letzter Zeit die Fälle, wo Leute mit 21 und noch mehr Jahren die Schriftgießerei erlernen wollen. Zum Vertreter im Tarifamt wurde an Stelle des zurückgetretenen Kollegen Dornis der Vorsitzende Lange gewählt.

WW. Frankfurt-Offenbach. (Maschinenmeisterverein — Halbjahrsbericht.) An Stelle der ausgefallenen Februarversammlung fanden am 5. und 26. März je eine Versammlung statt. In der ersten referierte infolge Erkrankung des eigentlichen Referenten Herr Fachlehrer Mangold über die Oswaldsche Farbenlehre und Theorie in erhellender Weise. Eine sehr reichhaltige Ausstellung von Farbtafeln und Skizzen, auf welchen die einzelnen Unterabteilungen scharf zu erkennen waren, bildeten einen wirkungsvollen Abschluß. — In der Versammlung am 26. März referierte Kollege Schiller (Offenbach) bei sehr starker Beteiligung über „Die Zurichtung von Illustrationen“. Der Referent entwarf eine sehr interessante Programm und veranschaulichte seine Erläuterungen an Hand von Zeichnungen und Ausschnitten, welche Arbeitsweise speziell dem Nachwuchs und solchen Kollegen Winke gaben, die wenig mit Illustrationsdruck beschäftigt sind. Eine ebenso reichhaltige Drucksachenausstellung vervollständigte das Ganze. Ferner wurde von Herrn Sutter (Höln) das Marzior-Verfahren als Neuerung der Kraftzurichtung erklärt, das ein Streifen, ähnlich dem verdängten Vellin-System darstellt. Bei Durcharbeitung und Beschlußfassung der einzelnen Anträge zur Kreisvorstandskonferenz, da schon eine Anzahl Eingänge vorhanden, wurden auch die des Münchner und Leipziger Brudervereins von uns als die wellestgebenden einmütig mit unterstützt (Neuregelung der Beirungsliste, Entschädigung für Abkehrer, Abänderung der §§ 71—74 in den Sonderbestimmungen für Drucker.) Unter „Verschiedenem“ wurde das Einmalchensystem behandelt und die Kollegen im Interesse unserer arbeitslosen Drucker erlucht, auch hierin Solidarität zu üben. Wie und in welcher Weise unsere Kollegen von einzelnen Firmen ausbeutet werden, bewies ein Fall bei Senck (Schwanheim), wo geradezu „ideale Zustände“ herrschen. Sedenfalls wird dort unser Gebillensreferent mit Nachdruck die Angelegenheit regeln. — In der kombinierten Versammlung am 9. April (Seher, Stereotypen und Maschinenmeister) referierte Kollege Nerges über „Die moderne Stereotypen- und die Praxis des Druckes“, eingehend die verschiedenen Verfahren und Arbeitsmethoden bei Zeitungs-, Werk- und Abzugsdruck, ebenso Flach- und Rundbeton erläutern. Es wäre ein besserer Besuch zu wünschen gewesen. In der Diskussion wünschte Kollege Sprathoff ein noch engeres Zusammenarbeiten der drei Gruppen, damit Seher, Drucker oder Stereotypen einen besseren Einblick in unser vielfältiges Gewerbe erhalten. — Beschäftigt wurde am 13. April bei der Firma Baumann & Co., hier, der verbelebte Feidberger Druckaufnahm „Expres“. — Die am 5. Mai abgehaltene Versammlung hatte nur sehr minimalen Besuch aufzuweisen, was wohl auf die tags zuvor abgehaltene Berichtserstellung über das neue Lohnbuchkommen zurückzuführen war. Es konnten somit nur die geschäftlichen Teile er-

ledigt werden sowie die Anträge zur Konferenz am 1. und 2. Juni in Leipzig und ferner das Rundschreiben Nr. 8 der Zentralkommission. Zum Prüfungsbericht unseres Fachlehrers Kollegen Berger, wobei auch die angestrebte Prüfungsarbeiten mit zirkulierten und gute Leistungen boten, ist zu betonen, daß gegen die früheren Resultate ein großer Fortschritt zu konstatieren ist. — Am 28. Mai fand eine Besichtigung der hiesigen Arbeitsanfrage unter starker Beteiligung statt. — Sämtlichen Referenten, Firmen und dem Direktor der städtischen Werke sei an dieser Stelle nochmals für ihre Bemühungen und Entgegenkommen unter Dank abgefastet.

**Frankfurt a. d. O.** Zu der am 10. Juni einberufenen außerordentlichen Generalversammlung waren von 212 Mitgliedern leider nur 70 Kollegen erschienen. Als Gast war der Ortsvorsteher des Hilfsarbeiterverbandes anwesend. Unter „Geschäftlichem“ wurde mitgeteilt, daß der Gauleiter des graphischen Hilfsarbeiterverbandes die Streidung von vier Firmen, die den Hilfsarbeiterlöhnen nicht bezahlen und deren Personale sich im Auslande befinden, aus der Tarifgemeinschaft beantragt hat. Infolge von Differenzen innerhalb des Vorstandes legte der langjährige Vorsitzende August Reinecke sein Amt nieder. An seine Stelle trat der frühere Gauvorsitzer in Polen, Kollege Wagner. Da dauerlicherweise unser Gauvorsitzer Reineke (Stettin) nicht erschienen war, mußte der Bericht von der Tarifgemeinschaft unterbleiben. Der Kartellbericht befahte sich mit örtlichen Angelegenheiten. Unter „Berichtedem“ wurde noch das geringe Interesse der Kollegen für unsere Lehrhilfsabteilung gerügt.

**Samburg. (Maschinenlehrer.)** In der am 11. Juni unter Vorsitz des Kollegen Zimmermann abgehaltenen Mitgliederversammlung nahm die Erörterung der letzten Lohnbewegungen einen breiten Raum ein. Erob der bewilligten 20 Mk. Sonderzulage steht der Maschinenlehrlöhne in keinem Prozentverhältnis zum Handwerkslohn; die Versammlung sprach die Erwartung aus, daß es gelingen werde, in dieser Beziehung Besserung zu schaffen. Eine Anfrage, betreffend Anlernen von Kollegen an den Selbstmaschinen, fand nach reger Aussprache Klärung.

**Hannover. (Korrektoren—Halbjahresbericht.)** In der am 11. Juni abgehaltenen Versammlung gab Vorsitzender Vorbau den Halbjahresbericht. Die Auslegung, die der § 69 des Tarifs in der Januar-Tarifauschubföhrung fand, brachte für die Korrektoren in Hannover, wenn auch bei einigen Firmen mit etwas Widerstreben, einen vollen Erfolg. Die unmittelbare Folge war ein erfreulicher Mitgliederzuwachs. Der Verein zählt jetzt 44 Mitglieder. Verluste, in anderen größeren Orten des Gaues (Osnabrück, Söflingen usw.) lassen Fuß zu lassen, waren bisher leider erfolglos. Versammlungen wurden, der hohen Unkosten wegen, nur in beschränktem Maße abgehalten, wiewohl jedoch durchweg einen annehmbaren Besuch auf. Wogegen ließ die Teilnahme an den kollektiven Zusammenkünften alles zu wünschen übrig. Die Kassenverhältnisse entwickeln sich in neuerer Zeit günstiger.

**Köthen. (Maschinenlehrer.)** Am 11. Juni hielt die Maschinenlehrgewerkschaft Gau An der Saale ihre Generalversammlung ab, die recht gut besucht war. Vor Eröffnung der Versammlung wartete der Köthener Kollegenverein mit anprechenden Liebern auf, die vielen Beifall fanden. Als Gäste waren u. a. unser Gauvorsitzer König und der Vorsitzende der Zentralkommission Rehmhuber anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung wes Kollege König auf das zwanzigjährige Bestehen der Vereinigung hin. Seit Gründung derselben ließe an ihrer Spitze Kollege Winter (Magdeburg), dessen Verdienste besonders anzuerkennen ließen, da er die Sache des Verbandes stets über die Interessen der Sparte gestellt habe. Die Köthener Kollegen ehrten den Kollegen Winter für seine langjährige Tätigkeit durch Überreichung einer Blumenkränze. Der gedruckte vorliegende Jahres- und Kassenbericht fand keine Genehmigung. Den Höhepunkt der Versammlung bildete der Vortrag des Kollegen Lebmann über „Materielle Spartenfragen“. Mit höchstem Interesse folgten die Kollegen seinen überaus interessanten Ausführungen und dankten ihm mit lebhaftem Beifall dafür. Nach einer regen Aussprache wurden die eingegangenen Anträge, die Erhöhung des Gaubeitrags von 40 Pf. auf 1 Mk., Leistung eines Ertragsbeitrags für die Monate Januar bis Juni von 2 Mk. und die Zirkulare der Zentralkommission bekräftigt, durchberaten und angenommen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Beim Punkte „Technisches“ war ein Vortrag des Kollegen Buchmann (Magdeburg) über die elektrische Linienumstellung vorgesehen. Der vorgerückten Zeit wegen mußte dieser Vortrag leider abgelehrt werden; er soll nun in den Bezirken Magdeburg, Halle und Dessau besonders gehalten werden. Nachdem wurde als Ort der nächstjährigen Tagung Wittenberg gewählt.

**M. Arefeld.** Am 11. Juni fand hierseits nach längerer Pause, bedingt durch die hohen Fahrkosten, eine gutbesuchte Bezirksversammlung statt. Nach ehrendem Gedächtnis mehrerer verstorbenen Kollegen und nach Entgegennahme einiger geschäftlicher Mitteilungen entrollte der Vorsitzende Jahn in längerer Ausführungen ein anschauliches Bild über die augenblickliche gewerkschaftliche und tarifliche Lage. Die in der „Zeitschrift“ gerillenen Mähtanden gegen den Achtstundentag und gegen die Ferienbestimmungen fanden scharfe Zurückweisung. Die Elaborate der „Alarm“-Schreiber wurden niedriger begünstigt. Nachdem am Vororte Arefeld vor einiger Zeit beschlossen wurde, beim Sterbefall eines Mitgliedes an dessen Ehefrau eine außerstatutarische Unterstützung von 1000 Mk. zu zahlen, wurde diese Einrichtung nunmehr auch auf den Tod der Ehefrau eines Mitgliedes erweitert und auf den ganzen Bezirk ausgedehnt mit Ausschluß von M. Olab-

ach, welches dieselbe Einrichtung für den Ort allein schon getroffen habe. Doch steht zu erwarten, daß auch hierin Einheitslichkeit für den Bezirk zustande kommt. Beim Tod eines Kollegen oder bestenfalls in alle in Zukunft jedesmal 5 Mk. zu entrichten. Unter „Berichtedem“ wurde von den Verammelten das Abstimmungsresultat der Delegiertenwahl zur Generalversammlung einer kurzen Betrachtung unterzogen. Von der Generalversammlung wird erwartet, daß sie einen Wahlmodus findet, der es ermöglicht, daß in Zukunft von den größeren Bezirken je ein Vertreter auf der Generalversammlung anwesend ist.

**Hörsch. (Maschinenmeister-Salbjahresbericht.)** In der Zeit vom Oktober 1921 bis April 1922 wurden einschließlich der Generalversammlung sieben Zusammenkünfte abgehalten. In zwei weiteren Vorstandssitzungen fanden dringende und sofortige Arbeiten ihre Erledigung. Die Mitgliederzahl betrug bis auf einige aus dem Fortfliehende 26 Kollegen. Aufgenommen wurden 6 Kollegen, abgegangen sind 2. Mangels auswärtiger Referenten stellten zwei Kollegen aus unsern Reihen Vorträge über „Das Arbeitsfeld an der Siegedruckpresse“ und „Die Zurechnung einer Illustrationsform“. Kollege Kr. (Leipzig) referierte über „Licht und Farbe“ auf Grund der Dürwaldschen Farbenlehre, was allgemeines Interesse hervorrief und beifällig aufgenommen wurde. — Am 2. April fand die Besichtigung der „Vomag“ (Plauen) statt, welche Firma in freundschaftlicher Weise uns in jeder Hinsicht entgegenkam. An dieser Stelle nochmals besonderen Dank für den Hilfestellung Herrn Ingenieur Wegand und für den Rollstuhlbau Herrn Ingenieur D. Wöhrabe. Allgemeines Erwähnen rief die uns im Betrieb vorgestellte Spezialrollstuhlbaumaschine hervor, die Bücher bis zu 384 Seiten in einer Auflage von 5000 pro Stunde druckt. — Um die Kollegialität mehr zu fördern, fand am 29. Januar im Beisein vieler Genauer Kollegen unser erstes Sitzungsfest statt, welches als gut gelungen bezeichnet werden muß. — In der Generalversammlung wurde der Jahresbericht des Vorstandes und des Kassierers genehmigt. Die Kassenverhältnisse sind gute zu nennen. — In der letzten Versammlung erstattete der Vorsitzende Bericht von der am 14. April Arbeitsvorstandskonferenz in Leipzig, der allgemeine Befriedigung hervorrief.

**Würzburg.** Die am 2. Juni abgehaltene, aufbesuchte Versammlung nahm nach Erledigung von Angelegenheiten lokaler Natur Stellung zu den Verhandlungen des Tarifauschusses. Hierauf begründeten in ausführlicher Weise unter beiden Generalversammlungsdelegierten ihre Stellungnahme zu den Anträgen der Generalversammlung. In die Erklärung eines Delegierten, daß die Sparten sich von ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Bildungswesen, immer mehr abwenden und Lohnpolitik zum Schaden der übrigen Verbandsmittglieder treiben, entpanden sich eine gerade nicht erbauliche Spartendebatte. Nunmehr wurde in die Beratung der Anträge zum Gauau eingetreten. Vom Gauau soll, nachdem die Ortsvereine die Ausgaben für die Gehilfensparatistatlon selbst bestritten und auch die Ausgaben für die Schiedsgerichte immer größer werden, eine entsprechende Erhöhung der Prozente verlangt werden. Weiter soll den Bezirken, nachdem der Gauvorstand durch die ständigen Lohnverhandlungen fast ganz in Anspruch genommen, eine größere Selbstständigkeit in organisatorischer wie in agitatorischer Beziehung gewährt werden.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Tarifamtliche Lohn Tabellen.** Die neuen Lohn Tabellen, enthaltend die Löhne für Gehilfen und Hilfsarbeiter, nach Wochen, Tag und Stundenlohn berechnet, das Kollegeld der Lehrlinge und sonstige Abänderungen des Buchdrucker Tarifs, sind unter dem Titel „Änderungen des Buchdrucker Tarifs von 1921“ vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zum Preise von 4 Mk. pro Exemplar gegen vorbrachte Einlösung des Betrags bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postfachkonto Nr. 85053, Berlin NW 7).

**Das Arbeitsnachweisgesetz im Reichstag.** Der gegenwärtig im Reichstag zur Beratung stehende Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes ist für die Arbeiterwelt nicht annehmbar. Der Regierungsentwurf ist durch die Ausschubberatung reichlich verfehlert worden. Er steht im wesentlichen den Zwang zur Errichtung von Arbeitsnachweissen mit partiellisch zusammengefügten Verwaltungsausschüssen, ferner Landesämter und ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung vor. Die Arbeitsvermittlung soll in den öffentlichen Nachweissen durch Beamte oder Angestellte der Gemeinde, die nicht gewählt, sondern bestellt werden, unentgeltlich erfolgen. Die Kosten tragen für die Arbeitsnachweise die Gemeinden, für die Landesämter die Länder und für das Reichsamt das Reich. Für die Arbeitgeber ist die Pflicht zur Anmeldung offener Stellen vorgelesen. Die Bestimmungen, wonach private gewerkschaftliche Stellenvermittlungen ab 1. Januar 1931 verboten werden, wurde vom Ausschub dahin gemildert, daß von diesem Zeitpunkt ab private Stellenvermittlungen nicht mehr genehmigt werden dürfen. Die nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisse sollen bestehen bleiben, haben sich aber den Gesetzesbestimmungen und der Aufsicht der Landesämter zu unterwerfen. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wies darauf hin, daß die Zersplitterung der Arbeiter es verhindert habe, daß das Gesetz eine zweckmäßige und planmäßigere Gestaltung erhielt. Ihm erwiderte auch die Wiederherstellung der Regierungsvorlage dringend notwendig, um die schädlich einwirkende gewerkschaftliche Stellenvermittlung bald verschwinden zu lassen.

lassen. Im Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung würde das Gesetz erst zur vollen Wirkung kommen. Die freien Gewerkschaften wollen den Arbeitsnachweis dem politischen Kampfe entziehen und fordern daher die Zusammenfassung in öffentlichen Arbeitsnachweissen. Unvermeidlich bleibt es, daß die Kirch- und Kirchen der Vorlage mit lo großem Mißtrauen gegenüberstehen und daß insbesondere die Christlichen ihren eigenen Ministern im Stich lassen. Die Gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft verlangt Wiederherstellung der Regierungsvorlage und dementsprechend u. a. Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung schon vom Jahre 1925 ab.

**Die Arbeitszeit im Bergbau.** Im Reichstag wurde am 28. Juni der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage in zweiter und dritter Lesung in der Fassung, die ihm der sozialpolitische Ausschub gegeben hatte, angenommen. Das Gesetz, das ursprünglich nur für den Steinkohlenbergbau bestimmt war, gilt nunmehr für alle Bergbauarten. Es schreibt eine einheitliche Berechnung der Schichtzeiten unter Tage vor und legt als Höchst arbeitszeit die am 1. Oktober 1921 tarifvertraglich vereinbarte Schichtzeit fest. Durch allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag können Überstunden vereinbart werden. Für Betriebspunkte mit einer Wärme über 23° C ist eine Verkürzung der Arbeitszeit vorgeschrieben, die von den Beteiligten und nötigenfalls von der zuständigen Bergbehörde nach Anhörung der beteiligten Arbeiter- und Arbeitnehmerverbände festzusetzen ist.

**Bevorstehende Kämpfe im Bankgewerbe.** Wie in vielen Berufen sich jetzt die Verhältnisse aufzulösen und auf Unternehmensebene die Scharfmacher das Wort führen, so geschieht es nicht minder auch im Bankgewerbe. Dabei stehen die Banken, die jetzt am meisten im Gelde schwimmen oder nicht wissen, wo sie es hinstücken sollen, um es dem Zugriff des Steuerfiskus zu entziehen, in bezug auf Gehaltszahlung sogar an untergeordneter Stelle, wenn von den paar Spitzengeldkassern abgesehen wird. Zu irgendwelchen Konzessionen sind sie nicht bereit. In allen Städten wird jetzt dazu Stellung genommen und ein Kampf vorbereitet.

**Verteuerung der Ware durch den Handel.** Die „Deutsche Arbeitszeitung“ berichtet unter dem 2. Juli, daß ihr kürzlich unter Befähigung einwandfreien Materials folgender Fall mitgeteilt wurde: Eine Weberin im schlesischen Industriebezirk hatte einen Stoff hergestellt und zum Verkaufspreis von 50 Mk. für den Meter in den Handel gebracht; kaum acht Tage später bemerkte der Fabrikant, daß sein Stoff in einem Kleinhandelsgechäft ausgelegt und nunmehr mit dem Preise von 260 Mk. pro Meter ausgezeichnet war. Der Fall hat sich vor wenigen Monaten zugezogen. Welche Schicksale mag die Ware auf dem Wege von der Fabrik bis zum Konsumenten durchgemacht haben!

**Briefkasten**

„V. W.“: „Die“ Gegenleistung durch den Vorstand können betriebl. Kollegen nicht aufgenommen werden. — „A.“: Magdeburg, 50 Mk. — „M.“: in Magdeburg, 44 Mk. — „S.“: in A.: 8 Mk.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 5 IL.  
Vernspracher: Almt Kurfürst, Nr. 191.

**Stattliskarten für die Zählung der Arbeitslosen einfinden!**

Wir eruchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einlösung der selben Stattliskarten über die Arbeitslosigkeit in II. Quartal: 12. Juli 1922, pünktlich einzubringen. Spätere Einträge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Stattliskarte ist der 24. Juni. Die Karten müssen auch dann eingeleistet werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden waren. Richtigste Frankierung der Karten ist zu wählen!

Einige zur Verhinderung verpflichteten Funktionäre senden neben der selben auch noch die graue Berichtskarte ein. Deshalb sei — schon der Portierparnis wegen — darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Monat lediglich die gelbe Berichtskarte einzulisten ist. Die grauen Berichtskarten gelten nur für den Arbeitslosenstand am Ende der Monate Januar, Februar, April, Mai, Juli, August, Oktober und November. Man beachte also in der Bekanntmachung, welche Berichtskarte einzulisten ist. Berlin. — Die Hauptverwaltung.

**Gau Mecklenburg-Vorpommern.** Vor Konditionsannahme bei der Firma Gebr. Michaeis in Kröppeln i. Mecklenburg wird dringend gewarnt.

**Mannefeld.** Bei der Firma Senrich in Traben-Trarbach an der Mosel (Bezirk Trier) sind Differenzen ausgebrochen, weshalb vor Annahme von Konditionen unter allen Umständen Erkundigungen beim Gauvorstande, Mannhem, U 2, 9, einzulegen sind. Wegen Zuwiderhandeln wird Anschlag beantragt.

**Wärzburg.** Der Drucker Erich Niska aus Leipzig-Neustadt (Saupfuchnummer 41375), wird hiermit erucht, seine Adresse an Kollegen Hans Schöfel, Reisschubengasse 5, gelangen zu lassen. Die Herren Funktionäre werden gebeten, A. auf diese Wollg aufmerksam zu machen.

**Adressenveränderung**

**Wittenberg.** (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: G. H. Weipol, Sonnenstraße 19.

**Versammlungskalender**

**Dresden.** Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 8. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im „Bathhaus“ (Saal 2).  
**Leipzig.** Maschinenmeisterversammlung Donnerstags, den 13. Juli, abends 8 Uhr, im „Stabhaus“.  
**Elberfeld-Warzen.** Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 9. Juli, vormittags 10 Uhr, im Lokale Sternkamp, Hofhammer Straße 6, Gröhrath.  
**Magdeburg.** Maschinenmeisterversammlung Freitag, den 7. Juli, abends 7 Uhr, in der „Auntgewerkschaft“, Zimmer 49, Mainz.  
**Wittenberg.** Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 9. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Brauhaus zum Gutenberg“.

